



Literaturstudie zu Frauenbewegungen und -forschung in Osteuropa

**im Auftrag
der Stiftung Frauen in Europa**
(www.stiftung-frauenineuropa.de)

Anna Fleischer

Berlin, im März 2016

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Länderstudien
 - 2.1. Bosnien Herzegowina
 - 2.2. Georgien
 - 2.3. Polen
 - 2.4. Rumänien
 - 2.5. Russland
 - 2.6. Tschechien
 - 2.7. Serbien
 - 2.8. Ungarn
 - 2.9. Ukraine
 - 2.10. Weißrussland

Executive Summary

Die untersuchten Länder weisen unterschiedliche Grade an Entwicklungen im Bezug auf Demokratie und Gleichberechtigung auf. Themen, die immer wieder auftauchen, sind Gewalt gegen Frauen, Frauen in der Politik, Frauen und Arbeit sowie der Handel mit Frauen und Mädchen.

In einigen untersuchten Ländern ist die Frauenbewegung eher akademisch geprägt ist, d.h. dass feministisches Gedankengut zuerst an den Universitäten entwickelt wurde, wie in Rumänien, Serbien und Ungarn. In manchen Fällen konnte dieses Gedankengut in die Zivilgesellschaft übertragen werden, allerdings nicht flächendeckend.

Die These, die dieser Untersuchung zu Grunde liegt ist, dass der Beitritt zur Europäischen Union (EU) eine positive Auswirkung auf die Situation der Frauenrechte in den jeweiligen Ländern hat. So sind die EU Mitglieder Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn im Rahmen ihrer Mitgliedschaft Verpflichtungen für mehr Gleichberechtigung der Geschlechter eingegangen. Dieser Mechanismus ist in Polen und Tschechien ein zweischneidiges Schwert, da die Frauenbewegungen in diesen Ländern ihre Themen und Finanzierung an die neuen europäischen Mechanismen anpassen mussten, was in den jeweiligen Zivilgesellschaften zu einem gewissen Streamlining der Organisationen geführt hat. Auf der anderen Seite konnten die Frauenbewegungen durch die europäischen Werte eine neue Legitimation innerhalb ihrer Länder gewinnen, da Themen wie "Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit", "Frauen in der Politik" etc. auf der nationalen Agenda vertreten waren. Anders gestaltet es sich jedoch in Rumänien und zum Teil in Ungarn, da hier die EU Mechanismen die Situation der Frauen auf Grund fehlender Kontrolle der Implementierung nur wenig beeinflussen konnten.

Bei den untersuchten Ländern der Östlichen Partnerschaft ist das Bild durchwachsen. Während Weißrussland autoritäre Herrschaftsmuster aufweist und sowohl Frauenbewegung als auch -forschung stark reglementiert, und die Ukraine keine Frauenthemen in der offiziellen Politik auf die Agenda setzt, trotz massiver EU-Finanzhilfen und neu entstehender Frauenorganisationen, hat Georgien einen anderen Weg eingeschlagen. Das Land steht am Anfang einer neuen Belebung der Frauenbewegung und -forschung und sendet positive Signale, diesen Weg weiter gehen zu wollen.

Russland, Bosnien-Herzegowina und Serbien sind weder EU-Mitglieder noch in die Östliche Partnerschaft der EU eingebunden. Russland wendet sich zunehmend nach innen: die Frauenbewegung sieht sich starken Reglementierungen der Regierung gegenüber, während die Frauenforschung keine westlichen Konzepte annimmt sondern eigene entwickelt. Auch die neuen Akteure in der Frauenbewegung widersetzen sich westlichen Denkmodellen. Bosnien-Herzegowina und Serbien verbindet indes die gemeinsame Erfahrung des Krieges, in beiden Ländern sind die Friedens- und die Frauenbewegungen stark miteinander verknüpft. Hier trugen Frauen viel zur Aussöhnung bei, ihnen fehlt es jedoch an adäquater Repräsentation in Politik und Wirtschaft.

1. Einleitung

Bei der vorliegenden Studie wurde die Literatur zu Frauenbewegungen und -forschung in den Ländern Osteuropas gesichtet. Die untersuchten Länder sind Bosnien und Herzegowina, Georgien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Tschechien, Ungarn, Ukraine und Weißrussland¹. Es wurden überwiegend Publikationen der letzten 20 Jahre in die Untersuchung mit eingeschlossen. Hierbei handelt es sich um Sammelbände, Zeitschriften sowie Internetquellen einschlägiger Medien und Organisationen. Jedes Kapitel verfügt über ein Literaturverzeichnis sowie Fußnoten, die Internetquellen zu den einschlägigen Institutionen enthalten.

Die Fragen, die in jedem der Länderkapitel beantwortet werden umfassen:

1. Gibt es Frauenbewegungen in den einzelnen Ländern?
 - a. Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?
 - b. Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?
2. Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?
3. Was wird in den einzelnen Ländern unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?
4. Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?
5. Wie sind Frauenforschung und -bewegung national und international vernetzt?
6. Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung und -forschung gegenüber offizieller Politik aus?

Es gibt derzeit an der Humboldt Universität Berlin kein Forschungsvorhaben zu den hier untersuchten Ländern. Das Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung hat relativ aktuelle Länderberichte zu den EU Mitgliedsstaaten auf seiner Webseite².

¹ Die Länderauswahl erfolgte in Rücksprache mit der Stiftung Frauen in Europa e.V.

² <http://www.gwi-boell.de/de/eu-l%C3%A4ndervergleich>

2. Länderstudien

2.1. Bosnien und Herzegowina

Gibt es eine Frauenbewegung?

Während des Krieges in den 1990er Jahren in Bosnien waren die Geschlechterrollen stark polarisiert. Männer wurden militarisiert, während Frauen oft Opfer (sexueller) Gewalt wurden und mit dieser Angst täglich leben mussten. Mit Ende des Krieges nahm die Militarisierung ab und die Armeen verkleinerten sich. Die Rolle der Frauen als Arbeiterin während der Zeit des Sozialismus wurde durch einen neuen nationalistischen Diskurs ersetzt. Nach dem Zusammenschluss Bosnien und Herzegowinas hofften viele, vor allem junge Frauen, dass der Aussöhnungsprozess auch positive Veränderungen in den Geschlechterrollen hervorrufen würde (Grandits, 2005). Es existieren circa 100 Frauenorganisationen in Bosnien und Herzegowina, die vor allem nach Ende des Krieges von der internationalen Aufmerksamkeit für zivilgesellschaftliches Engagement profitierten (McMahon, 2004).

Die Frauenbewegung war von den Friedensverhandlungen ausgeschlossen. Ihre Arbeit war jedoch bei den Bemühungen um Versöhnung und Peace-Building enorm wichtig. Die Verbindungen, die innerhalb der Bewegungen entstanden, halfen dabei, über ethnische und religiöse Grenzen hinweg zu kooperieren. Die Aufarbeitung des Krieges hält aber bis heute an, und das politische Klima ist aufgeladen und feindselig gegenüber solch einer Arbeit³.

Besonders das Erbe des Krieges und die extreme sexuelle Gewalt, die an bosnischen Muslima begangen wurde, hinterlässt ein schweres Erbe für Frauen im heutigen Bosnien-Herzegowina. Die Kinder, die aus diesen Vergewaltigungen geboren wurden, sind gesellschaftlich geächtet (Weitsman, 2008). An der Universität Sarajevo besteht ein Master Programm Gender Studies⁴.

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

Um Frauenrechte zu stärken werden Jobtrainings und Beratungen angeboten; ein weiterer Schwerpunkt ist die Beratung von Opfern von sexueller Gewalt (McMahon, 2004). Besonders die Auf- und Verarbeitung des Krieges und die Anerkennung der Vergewaltigung als Kriegsverbrechen sind zentrale Themen⁵. Hier haben bosnische Frauen konkrete Erfolge für mehr Frauenrechte erzielt, in dem sie das internationale Strafrecht so beeinflussen konnten, dass Vergewaltigungen im Krieg generell aber besonders in ihrem Kontext bestraft werden konnten. Den Einfluss, den Frauen auf die Statuten des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien, 1993 gegründet, um Kriegsverbrechen zu ahnden, ist bemerkenswert (Engels, 2005).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

Im NGO Bereich sind besonders Frauenzentren als Akteure hervorzuheben. Sie wurden schon zu Kriegszeiten gegründet und sollten der Versöhnung dienen. Außerdem waren sie Treffpunkte

³ <http://kvinnatillkvinna.se/en/country/bosnia-herzegovina/the-womens-movement/>

⁴ <http://www.gender-studies.org/en/#ba>

⁵ <http://horizonti.ba/en/projects/peace-with-womans-face/>

für die unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen⁶.

Es existiert eine Gender Equality Agency; diese Gleichstellungsbehörde verfasst Berichte und überwacht die Situation von Frauen. Dies wird dann jährlich an den Ministerrat und an andere staatliche Stellen gegeben, mit Empfehlungen zur Verbesserung der Lage⁷.

Ins Parlament wurden 21% weibliche Abgeordnete gewählt, und damit weit mehr als in den meisten der anderen hier untersuchten Staaten. Diese Entwicklung ist eine neue, da in der Vergangenheit kaum Frauen im Parlament vertreten waren. Außerdem wurde 2007 ein Komitee zur Gleichstellung eingerichtet, welches mit vier Männern und fünf Frauen besetzt ist⁸. Zusätzlich wurde 2013 das Netzwerk "Representatives of the Women's Network of Bosnia and Herzegovina" gegründet, das ein überparteilicher Zusammenschluss von Parlamentarierinnen ist und zum Ziel hat, mehr Frauen ins Parlament zu holen. Die European Women's Lobby unterstützt diese Gruppe bei ihrer Arbeit⁹.

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Dank der Bemühungen hauptsächlich der NGOs im Land und der internationalen Gemeinschaft, die sich im Nachkriegs-Bosnien-Herzegowina als erste der Frage nach der geschlechterbasierten Gewalt angenommen haben, wird Gewalt gegen Frauen allmählich öffentlich als Problem thematisiert und diskutiert. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den zuständigen Institutionen wächst die Einsicht, dass es eine staatliche Aufgabe ist, Frauen ihr Recht auf ein Leben, frei von jeglicher Gewalt, Einschüchterung oder Gewaltandrohung zu gewährleisten. NGOs machen den Staat dafür verantwortlich, wenn die Opfer keinen angemessenen Schutz erhalten oder die Täter nicht angemessen bestraft oder behandelt werden. In der Realität sind staatliche Institutionen meist nicht bereit, Frauen vor Gewalt wirksam zu schützen und die Täter zu bestrafen (Ler-Sofronic, 2011).

2013 wurde eine Initiative mit dem Namen "Women for Constitutional Changes" gegründet, die 25 Organisationen vereint mit dem Ziel, Genderthemen in der Verfassung zu verankern, weil Frauen noch immer von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind, besonders auch in Bezug auf die Verfassung. Zusätzlich werden Frauen von weiteren Organisationen in den letzten Jahren ermutigt sich zur Wahl zu stellen¹⁰. Dies lässt darauf schließen, dass das Thema der politischen Repräsentation mehr Wichtigkeit bekommt.

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

Bosnien-Herzegowina hat - wohl auch unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft - als eines der ersten Transformationsländer in der Region bereits 2003 das Gesetz zur Geschlechtergleichstellung verabschiedet; 2006 folgte das Gesetz gegen häusliche Gewalt und 2009 das Antidiskriminierungsgesetz. Außerdem unterzeichnete und ratifizierte es die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW). Trotzdem sind Frauen in der Realität vielen Diskriminierungen ausgesetzt sowie neuen, brutalen Formen der Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt und bei sexuellen Dienstleistungen. Sie werden

⁶ <http://kvinnatillkvinna.se/en/country/bosnia-herzegovina/the-womens-movement/>

⁷ <http://arsbih.gov.ba/english/about-the-agency/>

⁸ [http://www.ipu.org/parline-e/reports/instance/2_181.htm?chambername=Predstavnicki%20dom%20\(House%20of%20Representatives\)&chamberid=2039](http://www.ipu.org/parline-e/reports/instance/2_181.htm?chambername=Predstavnicki%20dom%20(House%20of%20Representatives)&chamberid=2039)

⁹ <http://www.womenlobby.org/Mayor-attacks-women-s-political-coalition-in-Bosnia?lang=en>

¹⁰ <http://kvinnatillkvinna.se/en/country/bosnia-herzegovina/the-womens-movement/>

marginalisiert und häufig vollständig von den Orten, an denen wichtige Entscheidungen getroffen werden, ausgeschlossen.

Frauen bilden das schwächste soziale Glied. In der allgemeinen Arbeitslosigkeit stellen Frauen den größten Anteil an Erwerbslosen unter der arbeitsfähigen Bevölkerung. Eine große Zahl von Frauen ist unterqualifiziert. Wegen der Arbeitslosigkeit oder der Kriegsinvalidität ihrer Männer sind sehr viele Frauen in Bosnien-Herzegowina heute die Haupt- oder Alleinverdienerinnen in der Familie. Die Zivilgesellschaft und insbesondere Frauenorganisationen haben außerdem einen niedrigen Legitimationsgrad in der Gesellschaft¹¹.

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Nach Ende des Krieges stand die EU für Modernisierung, sowohl politisch, wirtschaftlich als auch gesellschaftlich, und es gab ein starkes Interesse der internationalen Gemeinschaft daran, ein friedliches, multi-ethnisches und marktwirtschaftliches Land aufzubauen. Diese Absicht führte zu Konflikten in der bosnischen Gemeinschaft, da es auch Stimmen gab, die diese westlichen Konzepte nicht annehmen wollten (Helms, 2008).

Innerhalb der Frauenbewegung gab es Stimmen, die sich bevormundet fühlten in Bezug auf die EU. Kritisiert wird, dass die Gleichstellungspolitik der EU auf einen liberalen Individualismus beschränkt sei und wenig unternehme, um die strukturellen Aspekte von Geschlechterungleichheit im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben anzugehen. Gefordert wird, die soziale Dimension der permanenten Veränderungen von Seiten der EU und den nationalen politischen Akteuren, einschließlich der Frauenbewegung, stärker zu beachten. Die Lebenssituation von Frauen in den westlichen Balkanstaaten wäre besser, wenn grundlegende Bedürfnisse wie angemessenes Wohnen, verbesserte Arbeitsbedingungen, Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung und Altenpflege erfüllt würden (Spehar, 2015).

Wie sind Frauenforschung- und bewegung national und international vernetzt?

Es sind vor allem regionale Netzwerke in denen sich die bosnische Frauenbewegung engagiert. So zum Beispiel die Regional Women's Lobby for Peace, Security and Justice in South East Europe, die weibliche Führungspersönlichkeiten aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien zusammenbringt. Diese Netzwerke setzen sich für die Stärkung von Frauen in Demokratisierungsprozessen und bei der Konfliktbearbeitung in ihren jeweiligen Ländern ein. Die europäische Integration der Region ist das langfristige Ziel¹². Eine Vielzahl internationaler Organisationen sind ebenfalls im Land tätig und arbeiten zu verschiedenen Themen, wie die Bewältigung des Krieges, sexuelle Gewalt oder die verstärkte Beteiligung von Frauen bei der Aussöhnung. In der Literatur wird "Nationbuilding" besonders kritisch gesehen, da internationale Akteure dem Land ihre westlichen Modelle überstülpen wollten und damit die Geschichte und den komplexen Kontext des Landes weitestgehend außer Acht ließen (vgl. McMahon, 2004; Gilbert 2006).

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung- und forschung gegenüber offizieller Politik aus?

Eines der größten Probleme ist nach wie vor, dass Frauen, die im Krieg vergewaltigt wurden,

¹¹ <http://kvinnatillkvinna.se/en/country/bosnia-herzegovina/the-womens-movement/>

¹² <http://rwlsee.org/>

keine Hilfe erhalten. Nur eine von zehn Frauen, die im Krieg Opfer sexueller Gewalt geworden ist, wird behandelt oder entschädigt. Frauen fordern den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, ihre Anerkennung als Kriegsoffer und feste eine Beschäftigung (Krasnic, 2012). Nach wie vor sind die meisten Täter auf freiem Fuß, ihre strafgerichtliche Verurteilung erfolgt nur schleppend. Die nationalen Gerichte haben einen massiven Stau an Fällen, der unbearbeitet bleibt.

Literatur

Engels, Karen (2005): Feminism and Its (Dis)contents: Criminalizing Wartime Rape in Bosnia and Herzegovina. *The American Journal of International Law*, Vol. 99, No. 4 (Oct., 2005): 778-816.

Gilbert, Andrew (2006): The past in Parenthesis: (Non)Post-Socialism in Post-War Bosnia-Herzegovina. *Anthropology Today*, Vol. 22, No. 4 (Aug., 2006): 14-18.

Grandits, Hannes (2005): Gender Relations in Post-war Social Life: the Example of Multi-National Herzegovina. *Anthropological Yearbook of European Cultures. Gender and Nation in South Eastern Europe*. Volume 14, 2005: 113-142.

Helms, Elissa (2008): East and West Kiss: Gender, Orientalism, and Balkanism in Muslim-Majority Bosnia-Herzegovina. *Slavic Review*, Vol. 67, No. 1 (Spring, 2008): 88-119.

Krasnic, Vioeta (2012): Women of Bosnia and Herzegovina: Twenty Years Later. Institute for Policy Studies: http://fpif.org/women_of_bosnia_and_herzegovina_twenty_years_later/, zuletzt abgerufen am 27.02.2016.

Ler-Sofronic, Nada Dr (2011): Die Frauen in Bosnien-Herzegowina heute. Gunda-Werner-Institut: <http://www.gwi-boell.de/de/2011/01/31/die-frauen-bosnien-herzegowina-heute>, zuletzt abgerufen am 28.02.2016.

McMahon, Patrice C. (2004): Rebuilding Bosnia: A Model to Emulate or to Avoid? *Political Science Quarterly*, Vol. 119, No. 4 (Winter, 2004/2005): 569-593.

Spehar, Andrea (2015): Europäische Union und westlicher Balkan: Aussicht auf Geschlechtergleichstellung? Gunda-Werner-Institut: <http://www.gwi-boell.de/de/2015/01/23/europaeische-union-und-westlicher-balkan-aussicht-auf-geschlechtergleichstellung>, zuletzt abgerufen am 27.02.2016.

Weitsman, Patricia A. (2008): The Politics of Identity and Sexual Violence: A Review of Bosnia and Rwanda. *Human Rights Quarterly*, Vol. 30, No. 3 (Aug., 2008): 561-578.

2.2. Georgien

Gibt es eine Frauenbewegung?

In Georgien agieren zahlreiche Frauen-NGOs, insbesondere in ländlichen Gebieten, allerdings mangelt es ihnen an Möglichkeiten zur professionellen Weiterbildung und Vernetzung. Obwohl sich die Zivilgesellschaft stark entwickelt und geografisch ausgeweitet hat, sehen sich die meisten NGOs ernsthaften Herausforderungen gegenüber. Oft können die Organisationen keine längerfristigen Strategien entwickeln - eine Voraussetzung, um Abhängigkeiten von geldgebenden Organisationen zu vermeiden¹³. 2008 wurden über 200 registrierte Frauen-NGOs gezählt, allerdings waren nur etwa 80 davon aktiv (Gunda-Werner-Institut, 2016). Frauenrechtlerinnen haben zwar Erfolge erzielt, ihre Aktivitäten bleiben jedoch fragmentiert; es gelang bisher nicht, die Frauenbewegung in robusten Einrichtungen zu konsolidieren, effektive Initiativen zu entwickeln oder ihre Ziele einem breiteren Publikum zu vermitteln (Tschcheidse, 2011).

Die Sekundärliteratur zu diesem Thema ist spärlich, deshalb greift dieses Kapitel vor allem auf Quellen internationaler Organisationen im Internet zurück, die sich zivilgesellschaftlich für die Frauen in Georgien engagieren.

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

Die Hauptprioritäten der Frauenorganisationen sind der Kampf gegen Armut, Arbeitsmigration, Menschenhandel, häusliche Gewalt und die aktive Teilnahme von Frauen in der Politik (Gunda-Werner-Institut, 2016).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

NGOs spielen eine wichtige Rolle bei frauenpolitischen Forderungen, sie finden jedoch kaum gesellschaftlichen Zuspruch (Gunda-Werner-Institut, 2016).

Im universitären Bereich wurde 2012 das Institut für Gender Studies an der Tbilisi State University gegründet, welches unterstützend für bereits existierende Studiengänge Genderinhalte anbietet¹⁴.

Im Parlament sind 12% der Abgeordneten Frauen. Ein Ausschuss für Frauenthemen findet sich nicht im Parlament, dafür beschäftigen sich andere Ausschüsse, wie der Menschenrechtsausschuss, auch mit Genderthemen. So wurde zum Beispiel in diesem Ausschuss ein Gesetz vorbereitet, welches Quotenregelungen zu Gunsten von Frauen für politische Parteien vorsieht¹⁵.

Zwischen 2004 und 2005 wurden auf Regierungsebene außerdem institutionelle Mechanismen in Form eines parlamentarischen Beratungsausschusses und einer Regierungskommission für Gendergleichberechtigung gebildet. 2006 verabschiedete das Parlament auf Initiative der Vereinten Nationen und zivilgesellschaftlicher Frauengruppen ein Konzept zur Erreichung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Der nächste Schritt war die Verabschiedung eines nationalen Aktionsplans für Gendergleichberechtigung. Die staatlichen Einrichtungen haben allerdings keine aktiven Bemühungen unternommen, diesen Plan zu implementieren. In der Praxis kamen alle Bestrebungen und Beiträge in diese Richtung von NGO's und internationalen Organisationen (Tschcheidse, 2011).

¹³ <http://www.filia-frauenstiftung.de/inhalt/philanthropinnen-und-feminismus/warum-weltweit/bericht-georgien.html>

¹⁴ <https://tsu.ge/science/?leng=eng&lcat=jurnal&jnomeri=6&tid=20>

¹⁵ http://www.ipu.org/parline-e/reports/2119_A.htm

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Nach der Rosenrevolution im Jahr 2003 leitete Georgien eine Reihe von Reformen ein, um demokratische Werte in der Gesellschaft zu verankern, was Einfluss auf die Arbeit der Frauenorganisationen hatte. Eine demokratische Entwicklung erfordert die Einführung zahlreicher Mechanismen und Praktiken, einschließlich der Gleichberechtigung der Geschlechter. Diese wurde nach und nach in den politischen Diskursen verankert und in die Liste der notwendigen Reformen eingereiht. Jedoch haben andere soziale und politische Probleme diese Thematik wieder verdrängt (Tschcheidse, 2011).

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

Heute spricht die georgische Gesellschaft offen über die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter und über Diskriminierung. Gesetze im Zusammenhang mit Gender wurden verabschiedet. Die Implementierung dieser Gender Politik in allen gesellschaftlichen Bereichen bleibt jedoch das Hauptproblem (Gunda-Werner-Institut, 2016).

Frauen üben oft unbezahlte Arbeit aus, da das Arbeitsrecht, was Frauenrechte betrifft, einer wesentlichen Überarbeitung bedarf. Es existiert keine nationale Strategie für die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt oder Angebote für Frauen, um Armut zu überwinden oder um in rechtlich geregelte Wirtschaftsprozesse eingebunden zu werden. Während Frauen bei der Suche nach Arbeit in anderen Bereichen benachteiligt werden, sind sie im zivilgesellschaftlichen Sektor sehr gut vertreten. 58% der NGO-Mitarbeiter in Tbilisi und 63% in den Regionen sind Frauen (Tschcheidse, 2011).

Arbeit in Haushalt und Pflege wird als traditionelles Betätigungsfeld für Frauen angesehen. Es finden sich nur wenige Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft oder im politischen Bereich. Es ist problematisch, dass der Anteil von Frauen in Führungspositionen besonders in den Behörden, die sich mit Wirtschaftspolitik befassen, sehr gering ist, da so ihre Möglichkeiten, auf politische Entscheidungen zu Gunsten von Frauen Einfluss zu nehmen, begrenzt sind. Insbesondere in ländlichen Gebieten sind die traditionellen Geschlechterverhältnisse ausgeprägt. Mädchen werden häufig mit dreizehn oder vierzehn Jahren aus der Schule genommen, um verheiratet zu werden, so dass ihre geringe Bildung verhindert, dass sie in Zukunft für sich selbst sorgen können¹⁶.

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Für die noch junge Demokratie Georgien hat die Annäherung an die EU einen hohen Stellenwert, da man sich neben wirtschaftlicher und demokratischer Stabilisierung auch Sicherheit vor Russlands Hegemonialstreben in der Region verspricht. Georgien hat am 27. Juni 2014 das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet und immer wieder deutlich gemacht, dass es darüber hinaus eine Vollmitgliedschaft in der EU anstrebt (Atilgan / Feyerabend, 2015).

Durch diese Annäherung an die EU hat Georgien zwar die internationale Konvention gegen alle Formen von Diskriminierung bestätigt (CEDAW), allerdings mangelt es noch an einer Umsetzung in die Praxis und an einer Überarbeitung des Rechtssystems. Der Staat bemüht sich

¹⁶ <http://www.filia-frauenstiftung.de/inhalt/philanthropinnen-und-feminismus/warum-weltweit/bericht-georgien.html>

nur formell und oberflächlich darum, Geschlechtergerechtigkeit sicherzustellen¹⁷.

Wie sind Frauenforschung- und bewegung national und international vernetzt?

Obwohl Georgien umfassende demokratische Reformen eingeleitet hat, fehlt es an einem aktivem Bestreben, bereits beschlossene Gleichberechtigungsmaßnahmen umzusetzen. Während politische, finanzielle und menschliche Ressourcen dringend benötigt werden, sind es weiterhin vor allem internationale Organisationen, die Druck ausüben. Da Georgien die EU-Mitgliedschaft anstrebt, sollte es berücksichtigen, dass die Bekämpfung von Diskriminierung und die Einbeziehung geschlechtlicher Gleichstellung in Programme und Strategien ein Grundprinzip ist, dessen Umsetzung die EU von zukünftigen Mitgliedern erwartet (Tschcheidse, 2011).

Die Vernetzung mit den Gender Studies steckt noch in den Kinderschuhen, da erst vor wenigen Jahren das erste Institut mit diesem Fokus gegründet wurde und Disziplin noch relativ unbekannt ist.

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung- und forschung gegenüber offizieller Politik aus?

Seit der Rosenrevolution hat sich zum Beispiel bei der Bekämpfung von Menschenhandel und häuslicher Gewalt einiges verändert. 2006 gipfelte dieser neue Wille der Regierung für Reformen und für eine enge Zusammenarbeit mit NGOs in der Verabschiedung von Gesetzen gegen Menschenhandel und häuslicher Gewalt. Diese Gesetze werden unterstützt durch entsprechende Aktionspläne, durch Bildung von interinstitutionellen Dienststellen und durch die Gründung eines staatlichen Fonds zum Schutz und Beistand der Opfer von Menschenhandel,. Dieser spielt zur Zeit eine entscheidende Rolle in der Erarbeitung und Umsetzung der staatlichen Politik zu Menschenhandel und häuslicher Gewalt. Auf dem Weg zum Aufbau eines demokratischen Staates stellte die Gleichstellung der Geschlechter eine Herausforderung dar. Obwohl die Georgische Regierung positive Versuche zur Erarbeitung und Implementierung einer Gendergleichberechtigungsstrategie unternommen und internationale Verpflichtungen übernommen hat, sind weitere Bemühungen erforderlich, um eine Gleichberechtigung der Geschlechter sicher zu stellen und alle Arten der Benachteiligung von Frauen zu bekämpfen. (Tschcheidse, 2011)

Literatur

Atilhan, Canan Dr. / Feyerabend, Florian C. (2015): Die Östliche Partnerschaft. Differenzierung am Beispiel des Südkaukasus, Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbericht, 25.05.2015.

Gunda-Werner-Institut (2016): Frauen in Georgien: Gleichberechtigung der Geschlechter wiedererlernen.

<http://www.gwi-boell.de/de/2011/01/31/frauen-georgien-gleichberechtigung-der-geschlechter-wiedererlernen>, zuletzt abgerufen am 29.02.2016.

Tschcheidse, Ketewan (2011): Genderpolitik in Georgien.

¹⁷ <http://www.gender-studies.org/en/#pl>

2.3. Polen

Gibt es eine Frauenbewegung?

Die polnische Frauenbewegung blickt auf eine lange Geschichte seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1918 zurück. Unter dem sozialistischen Regime, welches bis 1989 bestand, konnten feministische Gruppen freier als in anderen Ländern des Sowjetblocks diskutieren und sich austauschen, weshalb die Frauenbewegung in Polen stärker als in den Nachbarstaaten ist (Fuchs, 2013). "Polen ist das Land mit den meisten und differenziertesten Vereinen, NGOs und außerparlamentarischen Aktivitäten im Bereich der Frauen – und Geschlechtergleichstellung in der EU Mittel- und Osteuropas." (Gunda Werner Institut)

An mehreren Universitäten im Land werden Gender Studies angeboten, nicht nur in der Hauptstadt Warschau sondern ebenso in anderen Städten¹⁸.

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

Das vorrangige Thema der polnischen Frauenbewegung ist Empowerment, sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichem Sinne. Es geht vor allem um Frauen und Arbeit, Berufsqualifizierung, Gewalt gegen Frauen und Abtreibung (Fuchs, 2013). Besonders das Thema Abtreibung mobilisiert Frauen. Abtreibung ist in Polen generell verboten, außer bei gesundheitlichen Bedenken für Mutter und Kind, oder wenn die Schwangerschaft auf einem Verbrechen beruht (Guenther, 2011)¹⁹.

Zur Arbeitsmethode der Gruppen ist anzumerken, dass die meisten Organisationen mit der so genannten "Equality strategy" arbeiten. Diese Strategie beruht auf der Annahme, dass die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sozial konstruiert sind und dass sich die beiden Geschlechter tatsächlich mehr ähneln als unterscheiden. Das Ziel, welches hiermit verfolgt wird, ist die gesellschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Diese Strategie wird von der Europäischen Union und im Europarat angewandt und ist somit für polnische Organisationen besonders interessant, um sich über die Landesgrenzen hinaus zu vernetzen und Aktivitäten zu planen und um EU-Finanzierung zu sichern (Fuszara, 2005).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

Es sind vor allem NGOs, die in Polen zu Themen der Frauenbewegung aktiv sind. Nach Angaben von 2013 gibt es circa 300 Organisationen im ganzen Land (Gunda Werner Institut), v.a. in den Städten, allerdings existieren auch kleinere Organisationen außerhalb der Metropolen (Guenther, 2011). Eine starke katholische Ausrichtung prägt die Frauenbewegung, die sich deshalb religiös, sozial aber auch wohlwärtig für Frauen engagiert (Fuchs, 2013).

¹⁸ <http://www.federa.org.pl/reproductive-rights-and-health/abortion-law>

¹⁹ https://ec.europa.eu/europeaid/gender-equality-and-womens-rights-empowerment-poland_en

Bereits im Jahr 1986 hatte die polnische Regierung verschiedene zuständige Stellen für die Sicherung der Gleichberechtigung geschaffen. Heute gibt es, nach häufigem Wechsel der Zuständigkeiten, einen Bevollmächtigten für die Gleichstellung von Mann und Frau, der die Gleichstellungsstrategie der Regierung implementiert. 27% der Abgeordneten sind Frauen in Polen, was im Vergleich zu den Nachbarstaaten eine relativ hohe Zahl ist. Seit 2011 besteht ein Ausschuss zu Soziales und Familienfragen, der sich mit Gendergleichberechtigung beschäftigt²⁰

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Thematisch haben sich Frauen NGOs nach dem EU-Beitritt 2002-2003 auf europäisches Recht und seine Auswirkungen auf das polnische Recht konzentriert. Zusätzliche Veränderungen gab es in der Form des Aktivismus. Die zunehmende Formalisierung der Frauenbewegung hat eine Gegenentwicklung ausgelöst. Informelle Gruppen, die *alle* Polinnen erreichen wollen, auch solche, die sonst marginalisiert werden, wie alleinerziehende Mütter und Frauen aus ländlichen Gebieten, haben sich gegründet. Das Ziel solcher Gruppen ist es, die Frauenbewegung zu "de-elitisieren" und die Grenzen zwischen Feministinnen und "normalen" Polinnen aufzuheben (Fuszara, 2005).

Eine weitere wichtige Akzentverschiebung fand 2006/2007 statt. Die Frauenbewegung hatte sich bis dato vor allem auf die gesellschaftliche und politische Rolle der Frau konzentriert. Ihre öffentliche Wahrnehmung war gering, da dieses Thema nicht mobilisierungsfähig war. Erst als die Bewegung sich den wirtschaftlichen Themen zuwandte, kam es zu einer breiteren Mobilisierung von Polinnen mit unterschiedlichen Hintergründen. Es gab Bemühungen, Allianzen mit Gewerkschaften zu schließen, um die Themen Frauen im Arbeitsmarkt usw. in den Fokus zu rücken (Erbel, 2008).

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

In Polen nimmt die öffentliche Wahrnehmung zu, dass Frauen eine größere Rolle in der Politik und im politischen Leben allgemein spielen sollten. Diese Einstellung ist vor allem bei gebildeten Polinnen verbreitet. Die große Mehrheit der Polinnen hält Gleichberechtigung und Frauenrechte für wichtige Themen, die politisch auf der Agenda stehen sollten. In der Realität ist es allerdings so, dass diese Themen sehr selten politisch diskutiert werden, und zwar nur dann, wenn das Parlament, durch Initiativen einzelner Parlamentarierinnen, gezwungen wird, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen (Fuszara, 2005).

So war von September 2014 bis Herbst 2015 mit Ewa Kopacz eine Frau an der Spitze der Regierung. Für ihre vorläufige Amtszeit hatte sie zahlreiche Projekte geplant, Frauen spielten dabei aber keine Rolle. Im Gegenteil, sie hatte die Ratifizierung der Konvention des Europarats zur „Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt“ verschoben, vor allem auf Wunsch der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). PiS stellt nun seit November 2015 mit Beata Szydło die Ministerpräsidentin. Dieser Wahlsieg ist vor allem auch

²⁰ http://www.ipu.org/parline-e/reports/2255_A.htm

darin zu begründen, dass sich rund 90% der Polinnen zum katholischen Glauben bekennen, was auch Einfluss auf die öffentlichen Debatten nimmt. Gender Mainstreaming, das Recht auf Abtreibung, künstliche Befruchtung sind Themen, gegen die, im Einklang mit der polnischen katholischen Kirche, alle konservativen Parteien sind. Das strikte polnische Abtreibungsverbot ist das schärfste in der EU (Gunda Werner Institut). Diese Situation illustriert, dass auf Grund der Tatsache, dass Frauen politisch aktiv sind, nicht automatisch auch Frauenrechte eingefordert werden. In Polen geht man vor allem davon aus, dass die Frauen, die politisch im Vordergrund stehen, politisch von Männern aus ihren Parteien gelenkt werden (Mikulak, 2015). Der zweite Bereich, in dem die Mehrheit der Polinnen Handlungsbedarf zur Förderung von Gleichberechtigung sieht, ist der Arbeitsmarkt. Die Mehrheit im Land denkt, dass Frauen schlechtere Chancen haben, einen Job oder eine Gehaltserhöhung zu erlangen, befördert zu werden und sich eine erfolgreiche Karriere aufzubauen (Fuszara, 2005). Aufgrund der äußeren Rahmenbedingungen auf dem polnischen Arbeitsmarkt sind Frauen marginalisiert. Hohe Arbeitslosenquoten, ein großer Anteil von Schwarzarbeit, geringe Löhne und wenig Teilzeitarbeitsmöglichkeiten in Verbindung mit einem fehlenden Angebot institutioneller Kinderbetreuung schaffen eine Situation, in der Frauen nicht nur auf Grund sozialer Normen in ihrer Rolle als Mütter die Hauptlast bei der Kinderbetreuung tragen und deshalb nicht arbeiten gehen (Michon, 2009).

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Seit dem Beitritt zur EU ist die finanzielle Situation der Frauen NGOs schlechter geworden. Bevor Polen Mitglied der EU wurde, war die Finanzierung großzügiger, da andere Fördermittel bereit standen. Nach dem Beitritt allerdings sahen sich die Organisationen gezwungen, ihre Strategien und Finanzierungsmaßnahmen den EU-Regeln anzupassen. Andere Finanzierungsmöglichkeiten waren somit nicht mehr möglich, da nun die EU als wichtigster Akteur präsent war. Ein gewisses Streamlining der Frauenbewegung fand damit gezwungenermaßen statt. Durch diese neuen Gegebenheiten hatten viele NGOs große finanzielle Probleme, manche mussten sogar schließen. Da aber die NGOs, die erfolgreich aus diesem Prozess hervorgingen, mit lokalen Behörden um Dienstleistungsverträge konkurrieren, findet eine gewisse "NGOisierung" statt. Eine Gegenentwicklung ist in der Zunahme von informellem Aktivismus zu sehen (Fuchs, 2013).

Generell ist, wie oben bereits erwähnt, festzuhalten, dass die Gleichstellungspolitik und die damit verbundenen Ziele der EU die Frauenbewegung in Polen stark beeinflusst haben, sowohl thematisch als auch in Form von Aktionen.

Wie sind Frauenforschung und -bewegung national und international vernetzt?

Fast alle großen polnischen Universitäten bieten mittlerweile Gender Studies als Studienfach an (Gunda Werner Institut). Die Vernetzung der Akademikerinnen steht noch relativ am Anfang, was bei solch einem jungen Fach nicht verwunderlich ist. Die Disziplin hat außerdem noch Schwierigkeiten sich als ernstzunehmendes eigenständiges Fach zu etablieren und nicht in anderen Fachbereichen untergebracht zu werden (Mrozik, 2009). Darüber hinaus gibt es eine

große Diskussion um westlich dominierte Ansichten der Genderforschung, die von vielen polnischen Forscherinnen kritisch gesehen werden.

In den 1990ern begannen Frauen NGOs nationale und regionale Netzwerke zu bilden. Auf nationaler Ebene existieren Netzwerke wie Oska²¹ und Feminoteka²², auf regionaler KARAT²³ und NEWW²⁴. Gerade letztere umfassen zahlreiche internationale Organisationen und ermöglichen es, dass Polen auf internationaler Bühne in der Frauenbewegung mit diskutiert. Mit dem Beitritt zur EU verbreitete sich das Wissen über Gender, auch das akademische. Besonders Forscherinnen, die über NGOs im eigenen Land und in internationalen Organisationen schreiben, finden Gehör und können sich als Expertinnen hervortun (Fuchs, 2013).

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung und -forschung gegenüber offizieller Politik aus?

“Die Erfahrungen der polnischen Frauen seit der Wende von 1989 bestätigen diese Notwendigkeit für die neuen Mitgliedstaaten der EU exemplarisch. Verachtung der Rechte von Seiten der staatlichen Instanzen den Frauen gegenüber und mangelndes Interesse seitens der regierenden Parteien an der öffentlichen Meinung der Frauen in ihrer eigenen Sache ist in den osteuropäischen Ländern keine Seltenheit.” (Gunda Werner Institut)

Vor allem zum Thema “Gleicher Lohn für gleiche Arbeit” gibt es wenig Fortschritte in der nationalen Politik Polens. Es existiert keine Klassifizierung von Berufsgruppen bezüglich der Gehälter, was bedeutet, dass verschiedene Beschäftigungen nicht miteinander verglichen werden können und Frauen somit häufig weniger verdienen als Männer.

Die jüngsten rechtlichen und institutionellen Änderungen im Zusammenhang mit der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts beruhen eher auf den Anforderungen als neues Mitgliedschaft in der Europäischen Union als auf politischer Überzeugung oder auf dem Willen der politischen Elite. So reagierte die Regierung beispielsweise nicht, als es zu einer stark einschüchternden "Anti-Gender" Kampagne, angestoßen von der polnischen katholischen Kirche und von ultra-konservativen Kreisen im November 2013, kam. Sie zielte darauf ab, die traditionellen sozialen Rollen von Frauen und Männern wieder erstarken zu lassen und wendet sich gegen alle Arten von Gleichstellungspolitik, einschließlich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Gunda Werner Institut).

Bei der Gender Forschung lässt sich ein ähnlicher Trend beobachten. Das Gender Mainstreaming der EU, welches zum Ziel hat, Genderaspekte in allen Bereichen, sei es politisch, sozial oder wirtschaftlich, einzubringen, hat zur Folge, dass viele Universitäten Gender Studies als Feigenblatt vorzeigen. Die fehlende Autonomie der Gender Studies in Polen wird somit zementiert und die Finanzierung der EU geht an solche Institutionen, die das Fach im Curriculum anbieten (Mrozik, 2009)

Literatur

²¹ <http://oska.org.pl/>

²² <http://feminoteka.pl/>

²³ <http://www.karat.org/>

²⁴ <http://www.neww.eu/>

Fuchs, Gesine (2013): Using strategic litigation for women's rights: Political restrictions in Poland and achievements of the women's movement. *European Journal of Women's Studies* 20(1): 21–43.

Fuszara, Małgorzata (2005): Between Feminism and the Catholic Church: The Women's Movement in Poland. *Sociologický časopis / Czech Sociological Review* 06: 1057-1075.
<http://www.ceeol.com/search/article-detail?id=79135>

Guenther, Katja M. (2011): The Possibilities and Pitfalls of NGO Feminism: Insights from Postsocialist Eastern Europe. *Signs*, Vol. 36, No. 4 (Summer 2011): 863-887.

Erbel, Joanna (2008): Charting the Transformation in Poland's Feminist Movement. *Economic and Political Weekly*, Vol. 43, No. 51 (Dec. 20 - 26, 2008): 50-57.

Gunda Werner Institut (2010): Europäische Geschlechterpolitiken – EU-Ländervergleich: Polen.
<http://www.gwi-boell.de/de/2010/02/02/polen>.

Michon, Piotr (2009): "Bleib zu Hause, Liebling" - Mütter, Arbeitsmärkte und staatliche Politik in Polen und den baltischen Ländern. In: Klenner, Christina / Leibner, Simone (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten*: 163-192.

Mikulak, Magdalena (2015): The Polish Parliamentary Elections 2015: A Gender Analysis. <http://blogs.lse.ac.uk/gender/2015/11/03/the-polish-parliamentary-elections-2015-a-gender-analysis/>, 3 November 2015.

Mrozik, Agnieszka (2009): Gender studies in Poland: prospects, limitations, challenges. Paper presented at 1st Academic Feminist Congress in Słubice on November 26-29, 2009.

2.4. Rumänien

Gibt es eine Frauenbewegung?

Ein loser Verbund von zivilgesellschaftlichen Organisationen arbeitet zu Frauenthemen, allerdings kann man nicht von einer Frauenbewegung sprechen (Chiva, 2005). Neuere Literatur spricht von einer feministischen Bewegung, der es allerdings an Sichtbarkeit innerhalb und außerhalb des Landes mangelt (Iancu et al, 2012). Im weiteren verwende ich den Begriff Frauenbewegung unter dieser Einschränkung²⁵.

Unter dem sozialistischen Regime waren Frauen stark unterdrückt und es wurde eine pro-natalistische Politik propagiert, die Frauen nicht emanzipierte, sondern den Patriarchen durch den Staat ersetzte (Magyari-Vincze, 2005).

²⁵ Es existiert wenig Sekundärliteratur, die hierzu in den letzten zehn Jahren publiziert wurde.

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

Wichtige Themen für die rumänische Frauenbewegung sind der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zum Gesundheitssystem sowie gesellschaftliche Inklusion und politische Partizipation von Frauen (Iancu et al, 2012). Die aktiven Frauenorganisationen bieten einerseits praktische Hilfen für Frauen, wie Frauenhäuser und kostenlose Verhütungsmittel an, auf der anderen Seite arbeiten einige Frauenorganisationen zu feministischen Themen, wie Frauen in der Politik (Chiva, 2005).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

Die Frauenbewegung ist eher akademisch geprägt. Bei den meisten Texten zum Thema Gleichstellung und Feminismus handelt es sich um wissenschaftliche Untersuchungen; es fehlt an populärer Literatur, die Frauenthemen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen (Iancu et al, 2012). Es gibt eine nationale Frauenlobby, allerdings sind die Aktivitäten der NGOs kaum sichtbar. Die in den 90er Jahren gegründete NGO, ANA - The Romanian Society For Feminist Analyses engagiert sich nicht mehr (Gunda-Werner-Institut, 2016).

Auf staatlicher Ebene rücken geschlechtsspezifische Fragestellungen immer weiter in den Hintergrund. 2005 wurde eine dem Arbeitsministerium unterstellte Behörde ins Leben gerufen, allerdings wurde sie im Juli 2010 im Zuge von Haushaltskürzungen geschlossen. Einen Teil ihrer Zuständigkeiten übertrug die Regierung auf eine neu geschaffene Abteilung im Ministerium für Arbeit, Familie und Sozialschutz: die Abteilung für Chancengleichheit von Frauen und Männern. Im September 2013 wiederum schloss die Regierung auch diese Abteilung und übertrug deren Aufgaben dem Referat für Chancengleichheit von Frauen und Männern, das der im Arbeitsministerium angesiedelten Abteilung für Beschäftigung und Chancengleichheit untersteht (Gunda-Werner-Institut, 2016).

Der Nationale Rat zur Bekämpfung der Diskriminierung entspricht der rumänischen Gleichstellungsstelle, die als unabhängige Einrichtung fungiert. Es können Beschwerden über geschlechtsspezifische Diskriminierung eingereicht werden. Der Rat hat einen Lenkungsausschuss aus neun Mitgliedern, die von dem rumänischen Parlament ernannt werden (Gunda-Werner-Institut, 2016).

In das Parlament wurden 13% weibliche Abgeordnete gewählt²⁶. 2004 wurde außerdem ein parlamentarisches Komitee ins Leben gerufen, welches sich mit Gleichstellung von Mann und Frau beschäftigt²⁷.

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Die Ressourcen, die für die Chancengleichheit von Frauen und Männern bereitgestellt werden und die politische Bedeutung, die diesem Thema beigemessen wird, sind in den letzten Jahren, nach dem Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union 2007, deutlich zurück gegangen. Die Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes wurde, ebenso wie die des Antidiskriminierungsgesetzes, als formale Verpflichtung zur Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes, nicht jedoch als Notwendigkeit angesehen, um wichtige Probleme der rumänischen Gesellschaft anzugehen. Kurz nach dem Beitritt zur Europäischen Union 2007 gingen die staatlichen Initiativen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männer

²⁶ http://www.ipu.org/parline-e/reports/2261_a.htm

²⁷ <http://www.cdep.ro/pls/parlam/structura.co?idl=2&idc=20>

zurück. Ein gutes Beispiel dafür ist die Situation der in Rumänien für dieses Thema zuständigen Institution, der Nationalen Agentur für Chancengleichheit: Sie war eine der ersten Einrichtungen, die im Zuge der Wirtschaftskrise geschlossen wurden (Gunda-Werner-Institut, 2016).

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

Frauen sind in der rumänischen Gesellschaft diskriminiert. Ihre politische Repräsentation ist niedrig, im aktuellen Parlament sind lediglich 13% weibliche Abgeordnete vertreten²⁸. Sie verdienen weniger als Männer und haben weniger Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt (Iancu et al, 2012). Besonders die Unterteilung in "leichte" und "schwere" Arbeit, die in sozialistischen Zeiten etabliert wurde, bei der Frauen die angeblich leichteren Aufgaben verrichten, wie die Arbeit in der Textilindustrie, und dementsprechend schlechter bezahlt werden, spielt eine Rolle bei der wirtschaftlichen Schlechterstellung von Frauen. Und selbst in den Bereichen, in denen sie die Mehrheit stellen, wie zum Beispiel im Bankensektor, werden Frauen schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen (Magyari-Vincze, 2005). Zusätzlich fehlt ein Angebot zur Teilzeitarbeit, welches von Müttern genutzt werden könnte (Gabanyi, 2004). Besonders hart trifft es Romafrauen, die sich in Rumänien nicht nur als Minderheit sondern auch innerhalb ihrer eigenen Communities erhöhter Diskriminierung ausgesetzt sehen. Die rumänische Öffentlichkeit hat rassistische und sexistische Attitüden gegenüber diesen Frauen, die auch öffentlich zum Ausdruck kommen (Oprea, 2012). Der Hauptschwerpunkt der politischen Diskussionen im Zusammenhang mit Chancengleichheit liegt auf der Familienpolitik und der Bekämpfung häuslicher Gewalt. Allerdings liegt die letzte größere Kampagne fast zehn Jahre zurück (Gunda-Werner-Institut, 2016).

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Die Gleichstellungspolitik der EU hat in Rumänien auf zwei Ebenen versagt. Erstens war es eine Top-Down Emanzipation, die nicht den rumänischen Verhältnissen angepasst war, sondern eher eine "One size fits all" Lösung darstellte. Zweitens handelte es sich um Augenwischerei der rumänischen und europäischen Entscheidungsträger. Es wurden zwar die für den EU-Beitritt notwendigen Gesetze zur Gleichstellung verabschiedet, jedoch nicht implementiert. Darüber hinaus blieben gesetzliche und politische Maßnahmen zu Gunsten von Frauen ohne wirklichen Einfluss auf die Budgets der Regierung (Iancu et al, 2012). Die meisten Programme zur Stärkung von Gender Equality auf gesamt-rumänischer und auf regionaler Ebene wurden bis zum Jahr 2007 initiiert, also vor dem Beitritt zur EU. Nach diesem Zeitpunkt lassen sich nur noch wenige Maßnahmen ausmachen (Gunda-Werner-Institut, 2016).

Wie sind Frauenforschung- und bewegung national und international vernetzt?

Die Gender Studies konnten sich erfolgreich entwickeln und vernetzen. Ein vergleichsweise hoher Grad an universitärer Autonomie erlaubt es, ähnlich wie im US-Amerikanischen System, ohne die Einbeziehung der Ministerialverwaltung neue Studiengänge einzurichten. So wurde bereits in den 1990er Jahren das Fach institutionalisiert und viele engagierte Forscherinnen standen bereit, von dieser Entwicklung zu profitieren. Mehrere Universitäten sind international vernetzt und bieten in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern Gender Studies Programme an. Besonders westeuropäische Universitäten und ihre Frauenstudien-Lobbies konnten die

²⁸ http://www.ipu.org/parline-e/reports/2261_a.htm

Gender Studies positiv beeinflussen (Zimmermann, 2005).

Die Rumänische Frauenlobby ist Mitglied der European Women's Lobby. Sie umfasst 17 Organisationen im Land²⁹. Die Tatsache, dass die Lobby gegründet und nur wenige Monate später Mitglied bei der Europäischen Dachorganisation wurde, deren Webseite die EU finanziert, lässt vermuten, dass es sich hier ebenfalls um eine Maßnahme handelt, die unternommen wurde, um lediglich den Anschein zu erwecken, Genderthemen seien wichtig, eine Haltung, die sich in der Realität allerdings nicht widerspiegelt.

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung und -forschung gegenüber offizieller Politik aus?

Die ständige politische Vernachlässigung der Arbeit der Regierung im Bereich der Gleichstellung hat dazu geführt, dass Budget, Personal und Mandat der für den Bereich Chancengleichheit von Frauen und Männer zuständigen Stelle stark eingeschränkt wurden. Es liegt auf der Hand, dass die Ressourcen und Befugnisse eines Referats nicht ausreichen, um dasselbe Mandat wie eine staatliche Agentur oder auch nur eine Abteilung auszuüben, besonders was die Verabschiedung und Umsetzung der Nationalen Strategie für die Chancengleichheit von Frauen und Männern des entsprechenden allgemeinen Aktionsplans betrifft. Außerdem ist das Referat für Chancengleichheit von Frauen und Männern zwar für die Ausarbeitung der Länderberichte Rumäniens an den UN-Ausschuss für die Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen zuständig, es ist jedoch kein Mitglied der rumänischen Delegation, die dem CEDAW Ausschuss Bericht erstattet (Gunda-Werner-Institut, 2016).

Literatur

Chiva, Christina (2005): Women in Post-Communist Politics: Explaining Under-Representation in the Hungarian and Romanian Parliaments. *Europe-Asia Studies*, Vol. 57, No. 7 (Nov., 2005): 969-994.

Gabanyi, Anneli Ute (2004): Frauen in Rumänien: zwischen Modernisierung und Retraditionalisierung. in: Hoecker, Beate / Fuchs, Gesine (Hrsg.): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: 163-184.

Gunda-Werner-Institut (2016): Länderprofil Rumänien, <http://www.gwi-boell.de/de/2010/02/02/rum%C3%A4nien>, zuletzt angerufen am 25.02.2016.

Iancu, Alice / Baluta, Oana / Dragolea, Alina / Florian, Bogdan (2012): Women's Social Exclusion and Feminisms: Living in Parallel Worlds? The Romanian Case. In: Daskalova, Krassimira / Tomic Hornstein, Caroline / Kaser, Karl / Radunovic, Filip (Hrsg.): *Gendering Post-Social Transition. Studies of Changing Gender Perspectives*, Lit Verlag: 183-216.

Magyari-Vincze, Enikő (2005): Gender, Ethnicity and the Construction of the Social Order: A View from Below in the Context of Romania. *Anthropological Yearbook of European Cultures. Gender and the Nation. Volume 14, 2005*: 197-226.

²⁹ <http://www.dearnetwork.ro/en/rowl/ewl-members.html>

Oprea, Alexandra (2012): Romani Feminism in Reactionary Times. *Signs*, Vol. 38, No. 1 (September 2012): 11-21.

Zimmermann, Susan (2005): Frauen- und Geschlechterstudien im höheren Bildungswesen in Zentraleuropa und im postsowjetischen Raum. Teil 2: AkteurInnen und Interessen im Prozess der Institutionalisierung, in: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*; 16. Jg., Heft 1: 63-88.

2.5. Russland

Gibt es eine Frauenbewegung?

Die Frauenbewegung hat eine lange Tradition, während des 20. Jahrhunderts befanden sich Frauen in einer Situation ständiger Rollen- und Statuswechsel: von der emanzipierten und von der Haushaltsarbeit befreiten Arbeiterin bis hin zu der Frau als Sexualobjekt. Von den Frauen wurde erwartet, dass sie Kinder bekommen und sich um den Mann und die Familie kümmern (Kosterina, 2011).

Während der 1990er Jahre und der damit einhergehenden Herausbildung einer Zivilgesellschaft wurde mit der Gleichstellungsrhetorik des Sozialismus gebrochen und patriarchalische, traditionelle Geschlechterrollen gesellschaftlich und politisch wieder belebt. Eine Rhetorik zur Wiederherstellung traditioneller Geschlechterrollen gab es 2006-2007, als z.B. die finanzielle Unterstützungen für Mütter eingeführt wurde (Mutterschaftskapital). Eine neue Welle einer ähnlichen Rhetorik setzt ab 2012-13 ein. Die Abgeordnete Jelena Misulina setzte sich mit teilweise absurden Vorschlägen für den Schutz der Familie ein, sie ist vor allem im Kampf gegen die Anerkennung von Homosexualität aufgefallen ist. Außerdem möchte sie den Verkauf von Zigaretten an Frauen verbieten. Denn Frauen müssten schließlich gesund sein, um ihre wichtigste Aufgabe, die der Reproduktion, zu erfüllen.

Viele Frauenorganisationen lehnen zentralistische Organisationsformen als undemokratisch ab. Eine feministische Dachorganisation gibt es nicht. Um die Jahrtausendwende existierten zwischen 2.000 bis 4.000 Frauenorganisationen in Russland, die nicht nur in den urbanen Ballungszentren, sondern auch in der Peripherie angesiedelt sind (Hinterhuber / Strasser-Camagni, 2011). Diese sind sehr heterogen, regierungsnah und regierungsfern und reichen von Wohltätigkeitsvereinen bis hin zu feministischen Frauen-NGOs, die oft nicht registriert sind. An den Hochschulen wird zu Genderthemen geforscht (Hinterhuber, 2003). Das zivilgesellschaftliche Engagement von Frauen-NGOs ist – wie bei allen russischen NGOs – seit 2007 durch das ständig verschärfte „Agentengesetz“ zunehmender restriktiver staatlicher Kontrollen ausgesetzt.

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

In den 1990er Jahren spielten die Soldatenmütter eine wichtige Rolle. Der Fokus heute liegt eher auf sozialen Themen (bsp. Kinderrechte, behinderte Kinder u.a.). Viele

Frauenorganisationen arbeiten regierungsnah, so z.B. die in einigen Regionen vorhandenen „Frauenparlamente“ – in denen regionale Politikerinnen vertreten sind. Es gibt wenige wirklich feministische Organisationen – oft aus dem LGBT-Bereich – die sich jedoch meist nicht registrieren lassen, da sie schnell unter das Agentengesetz fallen würden. Solche Bewegungen arbeiten vor allem in großen Städten, wie in St. Petersburg. In den Regionen ist die Bevölkerung konservativer. Weitere Themen sind die Unterstützung von Frauen in Haftanstalten. In den 1990er Jahren gründeten sich Vereine, um Frauen in schwierigen Situationen zu unterstützen. Viele von ihnen haben sich aufgelöst als sich die Rahmenbedingungen etwas änderten. Zahlreiche Bewegungen entstanden auch zum Schutz der Arbeitsbedingungen von Frauen. Die NGOs, die in Russland zu Frauenthemen arbeiten, beschäftigen sich vor allem mit Themen wie Business, Militär und Umwelt. Außerdem wird konkrete Hilfe für Frauen im sozialen Bereich geleistet, wie Suppenküchen und Frauenhäuser (Hinterhuber, 2003). Auch die Forderung nach mehr politischer Repräsentation ist bei den Aktivitäten vorzufinden (Hinterhuber / Strasser-Camagni, 2011). Neuere Bewegungen, wie Pussy Riot die allgemeine politische Missstände im Land anprangern, haben der Frauenbewegung eine neue Dimension hinzugefügt: politischer Aktivismus im Kontext des Feminismus (Channell, 2014).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

Die mächtigste Frauenorganisation war in den 90er Jahren die Union der Soldatenmütter, die traditionelle und konservative Frauenbilder perpetuiert. Eine weitere wichtige und bekannte Organisation ist der Journalistinnenbund, denn in Russland arbeiten viele Frauen in diesem Bereich. Der Verband prangert Verstöße gegen Menschenrechte u.a. in Tschetschenien an (Hardwick, 2014).

Der Wissenschaftsbereich ist aktiv, mit Akteuren wie dem Moskauer Center for Gender Studies oder dem Petersburger Zentrum für Gender Studies. Das Moskauer Zentrum wurde bereits 1990 gegründet und arbeitet vor allem zu Menschenrechten in enger Kooperation mit den Vereinten Nationen und der Weltbank. Auch Zusammenarbeit mit der russischen Regierung war ein wichtiger Pfeiler ihrer Arbeit, besonders um diese dabei zu unterstützen, die eingegangenen internationalen Verpflichtungen zur Geschlechtergleichheit zu erfüllen. Das Petersburger Zentrum unterhielt 1997 ein Master Programm zu Gender Studies, das ursprünglich von der Ford Stiftung finanziert wurde (Zimmermann, 2007). Damals wurden westliche Theorien zwar rezipiert, jedoch lag der Fokus häufig eher auf der Geschlechterdifferenz (Hinterhuber, 2003).

Heute stehen die Themen sexuelle und reproduktive Gesundheit, private Lebensstile und ethnische Besonderheiten in den Beziehungen der Geschlechter im Vordergrund der wissenschaftlichen Analysen, die u.a. die Carnegie Stiftung finanziert. In Russland existiert außerdem ein System von Strukturen und Ämtern, die für die Gewährleistung und den Schutz der Menschenrechte verantwortlich sind. Die führende Rolle nimmt hier der Menschenrechtsbeauftragte der Russischen Föderation ein; außer ihm gibt es noch einen Beauftragten für Unternehmerrechte und einen Kinderrechtsbeauftragten. Eine zuständige Person für Frauenrechte hat das Land noch nicht, allerdings wird die Implementierung von Ombudsmännern durchgesetzt. Auf der regionalen Ebene existieren bereits Ombudsmänner für Kinder (Krasilnikova, 2013), hier gibt es zum Teil eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Frauen-NGOs.

«Frauen Russlands» schafften es 1993 in die Duma (das russische Parlament). Wenige Jahre später kamen sie allerdings nicht einmal mehr auf fünf Prozent. Heute sind drei Gouverneurinnen in den Regionen vertreten und 74 von 450 Abgeordnete im Parlament sind Frauen (13% weibliche Abgeordnete). Ein parlamentarisches Gremium zu Frauenthemen existiert nicht³⁰.

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Die neue NGO-Gesetzgebung und die immer stärker regulierten Räume für ziviles Engagement haben dazu geführt, dass viele Organisationen entweder schließen oder ihre Aktivitäten auf ein Minimum zurückfahren mussten, so zum Beispiel die wenigen vorhandenen Frauenhäuser, die sehr erfolgreich waren (Johnson / Saarinen, 2011).

Die westliche mediale Aufmerksamkeit für Feminismus und Frauenthemen in Russland ist den Aktionen von Pussy Riot zu verdanken. Diese Punkband hatte in einer Protestaktion verummmt ein Lied auf der Kanzel des Moskauer Doms gespielt. Für diesen Akt wurden Frauen inhaftiert, was internationale Empörung hervor rief. Seitdem haben die Mitglieder dieser Gruppe die Möglichkeit genutzt, ihre neue Form von Aktivismus in den Medien darzustellen. Sie kritisieren das russische aber auch das globale Patriarchat und als Teil dieser Kritik fordern sie mehr Rechte für Frauen. Streng genommen sind sie keine Aktivistinnen für Frauenrechte (Channell, 2014).

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

Frauen sind im Arbeitsmarkt durch die Doppelbelastung mit Familie und Beruf benachteiligt. Die vorhandene Lohnungleichheit wird durch die allgemeine wirtschaftliche angespannte Lage verschlimmert. Diese Missstände werden nicht durch Gesetze korrigiert und somit sind Frauen wirtschaftlich marginalisiert, vor allem in ländlichen Gebieten (Meshcherkina, 2002).

Heute arbeiten Frauen vorwiegend in den Bereich Bildung und Gesundheitswesen. Die Anzahl der hochgebildeten weiblichen Arbeitskräfte ist in Russland überaus hoch. Bezahlte produzierende Arbeit wird praktisch gleichermaßen von Frauen und Männern geleistet (49 % der Beschäftigten sind Frauen). Darüber hinaus tragen Frauen die Hauptlast der reproduktiven Hausarbeit.

Frauen wird auch heute für ihre Arbeit weniger gezahlt, dies gilt für alle Berufe. Nach Angaben von Arbeitsvermittlungsfirmen erhalten männliche Manager 25-30 % mehr Gehalt als deren weiblichen Mitbewerberinnen. „Es sieht so aus, als müssten die Frauen wie vor hundert Jahren für gleiche Bezahlung gleicher Arbeit und für einen Achtstundentag kämpfen. Anfang des 21. Jahrhunderts ist eine solche Situation ein alarmierendes Symptom“ (Natalia Bitten, gwi.de). Zudem gibt es anti-feministische Ressentiments in der russischen Gesellschaft, die zu großen Teilen die Forderung nach Frauenrechten als Anfeindungen gegenüber Männern denunziert. Dies erschwert auch die Entwicklung der Frauenbewegung und lähmt sie häufig. (Hawkins / Know, 2014). Ein Hindernis auf dem Weg russischer Frauen zu den höchsten politischen Ämtern

³⁰ http://www.ipu.org/parline-e/reports/2263_A.htm

ist, dass die Mehrheit der Ernennungen für leitende Positionen vom Präsidenten bestimmt wird. Frauen sind bislang nicht gleichberechtigt in politischen Ämtern vertreten, da ihnen der Zugang zu den Machtstrukturen und zum „großen Geld“ fehlt (Krasilnikova, 2013).

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Es gab nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion massive finanzielle Unterstützung für Russland. Die EU wollte zum demokratischen Umbau des Landes beitragen. Die Anliegen von NGOs wurden finanziell gefördert. Nach dem Jahr 2000 jedoch wandte sich die EU den post-kommunistischen Staaten Osteuropas zu, um mögliche Beitrittkandidaten zu beurteilen. Die russische Zivilgesellschaft war sich selbst überlassen (Johnson / Saarinen, 2011). In den letzten Jahren war eine fast völlige Vernachlässigung der Unterstützung russischer Nichtregierungsorganisationen durch Förderprogramme der EU zu beobachten. Die im EU-Haushalt eingestellten Fördermittel für russische NGOs belaufen sich derzeit gerade noch auf 4 Mio. € jährlich.

Ein weiteres Beispiel für diese Politik ist das Nachbarschaftsinstrument ENI, das gemeinsame Kooperationsprojekte zwischen der EU und den Regierungen der Nachbarschaftsländer anstrebt, von denen auch zivilgesellschaftliche Projekte profitieren können. Russland kann in der neuen Förderperiode 2014–2020 außer im Bildungssektor (Erasmus+) nur noch in einigen wenigen regionalen Unterprogrammen teilnehmen, es ist weitestgehend vom ENI Programm, dem fast 2 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung stehen, ausgeschlossen. Stattdessen wurde zwar mit der neuen Förderperiode das Partnerschaftsinstrument (PI) für die G20 Staaten, also auch Russland, eingeführt, eine Förderung der Zivilgesellschaft allerdings nicht explizit vorgesehen. Das Zivilgesellschaftsforum zwischen der EU und Russland hat bereits im Mai 2013 in einem Policy Paper auf die Notwendigkeit hingewiesen, zivilgesellschaftliche Strukturen in der Russischen Föderation nachhaltig und strategisch zu fördern. Das Europäische Parlament hat die Empfehlungen in den Resolutionen vom Juni 2013 und März 2014 nachdrücklich unterstützt und eine erhebliche Aufstockung der Mittel verlangt (Stefanie Schiffer, Thomas Vogel, www.bpb.de).

Wie sind Frauenforschung- und bewegung national und international vernetzt?

Obwohl die akademische Community aktiv ist, hat sie keinen Einfluss auf gesellschaftliche Debatten (Hardwick, 2014). Trotzdem ist sie eng mit der Frauenbewegung vernetzt, auch wenn die theoretischen Hintergründe der Arbeit oft differieren (Hinterhuber / Strasser-Camagni, 2011). International besteht im NGO Bereich ein reger Austausch mit westeuropäischen und US-amerikanischen Organisationen. Hier kam es allerdings zu Spannungen, da die Übernahme westlicher feministischer Theorien mit dem Zugang zu Finanzmitteln verknüpft war, was innerhalb der russischen Frauenbewegung für Konkurrenzkämpfe sorgte (Hinterhuber / Strasser-Camagni, 2011).

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung- und forschung gegenüber

offizieller Politik aus?

In der Verfassung der Russischen Föderation wird geschlechtsspezifische Diskriminierung nicht definiert. Der zuständige UNO-Ausschuss CEDAW hat Russland empfohlen, eine gesonderte Gesetzgebung zur Gewährleistung wirksamer Maßnahmen zur Beseitigung der Frauendiskriminierung zu schaffen. Die Staatsduma hat jedoch keinen der vorgelegten Gesetzesentwürfe über staatliche Garantien für gleiche Rechte und Freiheiten sowie über die Gewährleistung gleicher Möglichkeiten für beide Geschlechter verabschiedet (Irina Kosterina, 2011).

Die neuen NGO-Gesetze räumen dem russischen Staat eine weitreichende Kontrolle über den zivilgesellschaftlichen Sektor ein. Die Kontrollen beinhalten, dass NGOs hohe bürokratische Hürden nehmen müssen, z. B. ihre Finanzen offenlegen müssen, um die Geldflüsse von russischen und internationalen Organisationen kontrollieren zu können. Das „Agentengesetz“ erklärt russische NGOs, die durch internationale Organisationen gefördert werden, zu Agenten. Frauenorganisationen sind von der NGO-Gesetzgebung ebenfalls massiv betroffen. Eine Analyse der Repräsentation von Frauen in den politischen Eliten Russlands zeigt, dass das Bildungsniveau von Frauen bis heute höher ist als das der Männer. Eine qualifizierte Bildung allein reicht aber für eine angemessene Vertretung der Frauen in der Politik nicht aus. Denn trotz höherer Qualifikation ist die Präsenz von Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen verschwindend gering. Diese Positionen wiederum wären der ideale Rekrutierungsort für Politikerinnen (Krasilnikova, 2013).

Literatur

Channell, Emily (2014): Is sextremism the new feminism? Perspectives from Pussy Riot and Femen. In: Nationalities Papers, Vol. 42, No. 4: 611–614.

Hardwick, Nicola-Ann (2014): Reviewing the Changing Situation of Women in Russian Society. E-International Relations Students, <http://www.e-ir.info/2014/12/20/reviewing-the-changing-situation-of-women-in-russian-society/>, zuletzt abgerufen am 26.02.2016.

Hawkins, Catherine A / Know, Karen S (2014): Gender violence and discrimination in Russia: Learning from an American–Russian partnership. International Social Work 2014, Vol. 57(5): 511–522.

Hinterhuber, Eva Maria (2003): Geschlechterverhältnisse im Umbruch. Frauenbewegung und Frauenorganisationen in Russland. In: Ebert, Crista / Trebisz, Malgorzata (Hrsg.): Feminismus in Osteuropa? Bilder-Rollen-Aktivitäten. Ost-West-Diskurse, 3: 11-30.

Hinterhuber, Eva Maria / Strasser-Camagni, Andrea (2011): “The new doesn’t come from the new, but from reshaping existent resources” Gender Studies und Frauenbewegung im postsozialistischen Russland. In: Binder, Beate et al (Hrsg.): Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers: 147-169.

Johnson, Janet Elise / Saarinen, Aino (2011): Assessing civil society in Putin's Russia: The plight of women's crisis centers. *Communist and Post-Communist Studies* 44 (2011): 41–52.

Kosterina, Irina (2011): Die Situation von Frauen in Russland - Eine Einleitung. Gunda-Werner-Institut: <http://www.gwi-boell.de/de/2011/02/16/die-situation-von-frauen-russland-eine-einleitung>, zuletzt aufgerufen am 26.02.2016.

Krasilnikova, Oxana (2013): Fokus Russland: Gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter ist eine Utopie. *GENDER Heft 3/2013*: 131–138.

Meshcherkina, Elena (2002): Women in the Labor Market in Russia. In: Becker-Schmidt, Regina (Hrsg.): *Gender and Work in Transition. Globalization in Western, Middle and Eastern Europe*. Schriftenreihe der Internationalen Frauenuniversität "Technik und Kultur", Band 2: 253-270.

Stefanie Schiffer, Thomas Vogel(2016): Die EU vernachlässigt die Förderung der russischen Zivilgesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de, zuletzt aufgerufen am 20.3.2016.

Zimmermann, Susan (2007): The Institutionalization of Women's and Gender Studies in Higher Education in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union: Asymmetric Politics and the Regional-Transitional Configuration. *East Central Europe/ECE*, vol. 34–35, 2007–2008, part 1–2: 131–160.

2.6. Serbien

Gibt es eine Frauenbewegung?

Die Frauenbewegung in Serbien hat ihren Ursprung in der akademischen Welt in den 1970er Jahren und blühte zur Zeit der Antikriegsbewegung in den 1990ern auf. Sie wächst seit der Jahrhundertwende und dem Fall des Milosevic Regimes stetig an (Milic, 2004). Frauen spielten in der Friedensbewegung eine große Rolle und wurden zu einer wichtigen Stimme in der Antikriegsbewegung. Frauen lernten, dass sie sich selbst organisieren müssen, um in der männlich dominierten Debatte über den Krieg überzeugen zu können. Die Bedeutung ihrer Aktivitäten innerhalb der Friedensbewegung im Laufe der 1990er Jahre ist nicht zu unterschätzen. Außerdem zeichnet die Frauenbewegung ethnische und konfessionelle Vielfalt aus (Lukic, 2011).

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

Auf Grund der Entwicklung aus der Friedensbewegung standen Antikriegsthemen im Mittelpunkt. Gewalt gegen Frauen ist ein weiterer Schwerpunkt ebenso wie die Situation der

Romafrauen, die in zweierlei Hinsicht in der serbischen Gesellschaft schlechter gestellt sind³¹. Zusätzlich ist das Thema der politischen Repräsentation von Frauen ein relevantes Thema geworden (Markov / Savic, 2008).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

Die Frauenbewegung ist bis heute stark akademisch geprägt. Eine wirklich substantielle Institutionalisierung von Gender Studies jedoch war erst mit der Jahrhundertwende möglich. So gelang es dem Women's Studies Center in Belgrad 2001 Gender Studies auf Graduiertem-Niveau an der Universität Belgrad zu verankern. Andere Universitäten gingen einen ähnlichen Weg, vor allem dank angesehener Akademikerinnen, die hier Führungsrollen im Universitätsbetrieb inne hatten (Zimmermann, 2005).

Außerdem bestehen enge Verbindungen zur Friedensbewegung, die die Rolle Serbiens im Bosnienkrieg kritisch hinterfragt. Diese Frauenorganisationen verbinden die Friedensbewegung mit feministischen Zielen³². "Frauen in Schwarz" sind über Serbien hinaus von Feministinnen in vielen europäischen Ländern unterstützt worden. Die feministischen Theorien, die im akademisch-wissenschaftlichen Umfeld diskutiert wurden, befeuerten das Wachstum der Frauenbewegung. Besonders bei der Antikriegsbewegung fielen diese Ideen auf fruchtbaren Boden. Dies hat vor allem etwas mit der politischen Realität im damaligen Jugoslawien zu tun, da bereits unter dem sozialistischen Regime andere Theorien und Denkschulen zugelassen waren und somit Teile der Gesellschaft bereits mit Ideen des Feminismus vertraut waren (Lukic, 2011).

Auf der Regierungsebene agieren verschiedene relevante Akteure: The Council for Gender Equality, gegründet 2009, sowie das Directorate for Gender Equality, welches seit 2004 im Ministerium für Soziales angesiedelt ist, sind hier zu nennen. Das Direktorat hat das Mandat, Verbesserungen in der Gesetzgebung vorzuschlagen sowie diese zu überwachen und darüber zu berichten. In seine Zuständigkeit fallen unter anderem die CEDAW Berichte (Ignjatovic / Boskovic, 2013).

Im Parlament sind 34% der Abgeordneten Frauen³³, was im Vergleich zu anderen europäischen und osteuropäischen Staaten wie Ungarn oder Rumänien viel ist. Außerdem existiert seit 2013 ein Parlamentarisches Frauennetzwerk, welches sich als Kollegium versteht. Über Parteigrenzen hinweg machen weibliche Abgeordnete Vorschläge zu gendersensitiven Gesetzesinitiativen³⁴.

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Seit dem Ende des Milosevic Regimes im Jahr 2000 fanden sich politisch aktive Frauen aus der Friedensbewegung in der formellen Politik nicht ausreichend repräsentiert. Dies führte dazu, dass 2006 eine neue Organisation gegründet wurde, die sich für die Repräsentation von Frauen

³¹ <http://www.womenlobby.org/Serbia-Network-for-European-Women-s-Lobby-Mreza-za-Evropski-Zenski-Lobi-Serbia?lang=en>

³² Als Beispiel hier steht "Women in Black": <http://zeneucnom.org/>.

³³ <http://www.ipu.org/parline-e/reports/2355.htm>

³⁴ <http://www.womeninparliaments.org/wp-content/uploads/2014/07/Serbia-WPN-Washington.pdf>

in der Politik einsetzte (Markov / Savic, 2008). Generell lässt sich sagen, dass auf der formellen Ebene in den letzten Jahren besonders im Zusammenhang mit einer möglichen EU Mitgliedschaft Genderfragen stärker in den Fokus rückten.

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

Feministische Theorien sind in Serbien negativ besetzt. Selbst in der Frauenbewegung besteht keine Einigkeit über Ziele und Methoden ihrer Arbeit. Besonders die weibliche politische Elite distanziert sich von feministischen Zielen. Die Frauenorganisationen sind zu wenig öffentlich sichtbar, um diese Meinungen zu ändern (Milic, 2004).

Trotz einer aktiven Frauenbewegung ist immer noch keine Gleichstellung der Geschlechter erreicht. Die soziale Rolle von Frauen bleibt stark durch ihre Tätigkeiten in Haushalt und Familie definiert, während eine Einbindung von Männern in diese Bereiche kaum gefördert wird. Angesichts der marktwirtschaftlichen Zwänge, z. B. fehlende institutionalisierte Kinderbetreuung, Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die generell geringeren Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten von Frauen, ist es nicht verwunderlich, dass sich ein Teil der Bevölkerung, auch aus pragmatischen Gründen, wieder dem traditionellen Frauenbild zuwendet (Friedrich, 2010).

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Da Serbien ein möglicher Beitrittskandidat der EU ist, versuchen Frauenorganisationen Aufmerksamkeit für Genderthemen zu lenken. Seit 2010 fokussieren Frauenorganisationen somit auf neue Wege, nationale Politik zu beeinflussen. So kommentieren sie beispielsweise jedes Jahr den Bericht über Serbien, den die Europäische Kommission veröffentlicht, um Fortschritte des Landes für einen EU-Beitritt zu dokumentieren. Im Rahmen dieser Arbeit werden die Missstände im Lande, hinsichtlich der Lage der Menschenrechtlerinnen, angeprangert³⁵.

Wie sind Frauenforschung und -bewegung national und international vernetzt?

Es existieren drei wichtige Netzwerke in Serbien: Women in Black, aus der Friedensbewegung entstanden, Women Against Violence, vereint 30 Frauenorganisationen, die vor allem zum Thema Gewalt gegen Frauen arbeiten und Roma Women's Network, das die Rechte der Roma-Frauen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt³⁶.

Zusätzlich besteht eine europäische Vernetzung durch das Network for European Women's Lobby, welches 2009 gegründet wurde und 19 Mitglieder zählt. Dieses Netzwerk, Teil der European Women's Lobby, hat es sich zum Ziel gesetzt, die Diskriminierung von Frauen auf der individuellen, rechtlichen und institutionellen Ebene zu bekämpfen³⁷.

³⁵ <http://kvinnatillkvinna.se/en/country/serbia/the-womens-movement/>

³⁶ <http://kvinnatillkvinna.se/en/country/serbia/the-womens-movement/>

³⁷ <http://www.womenlobby.org/Serbia-Network-for-European-Women-s-Lobby-Mreza-za-Evropski-Zenski-Lobi-Serbia?lang=en>

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung und -forschung gegenüber offizieller Politik aus?

Es besteht ein Konflikt zwischen der Frauenbewegung und Frauen in hohen Positionen. Sie arbeiten nicht zusammen, sondern kämpfen eher gegeneinander. Dies führt ebenfalls dazu, dass die Frauenbewegung relativ informell bleibt. Ein möglicher Grund für diesen Konflikt sind die Generationenunterschiede und die je unterschiedlichen Sozialisierungsprozesse zwischen den Frauen in der Bewegung und Frauen in der politischen Elite (Milic, 2004).

Literatur

Bieber, Florian (2003): The Serbian Opposition and Civil Society: Roots of the Delayed Transition in Serbia. *International Journal of Politics, Culture, and Society*, Vol. 17, No. 1, *Studies in the Social History of Destruction: The Case of Yugoslavia* (Fall, 2003): 73-90.

Friedrich, Stefanie (2010): Der Einfluss der postsozialistischen Wandlungsprozesse auf die Aushandlung der Geschlechterrollen in Serbien. *GENDER* Heft 3, 2010: 28–39.

Ignjatovic, Suzana / Boškovi, Aleksandar (2013): 'Are we there yet?' Citizens of Serbia and public policy on gender equality within the EU accession context. *European Journal of Women's Studies* 20(4): 425–440.

Lukic, Yasmina (2011): Protected by Friendship and Caring: Women and Peace in the Former Yugoslav Countries. *Signs*, Vol. 36, No. 3 (March 2011): 532-541.

Markov, Slobodanke / Savic, Svenka (2008): "Female Government" in Serbia - One example of lobbying for more women in politics. *GENDER STUDIES*, Vol. 1 No. 7/2008: 221-231.

Milić, Andjelka (2004): The Women's Movement in Serbia and Montenegro at the Turn of the Millennium: A Sociological Study of Women's Groups. *Feminist Review*, No. 76, *Post-Communism: Women's Lives in Transition* (2004): 65-82.

Zimmermann, Susan (2005): Frauen- und Geschlechterstudien im höheren Bildungswesen in Zentraleuropa und im postsowjetischen Raum. Teil 2: AkteurInnen und Interessen im Prozess der Institutionalisierung, in: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*; 16. Jg., Heft 1: 63-88.

2.7. Tschechien

Gibt es eine Frauenbewegung?

Nach dem Fall des eisernen Vorhangs wurden in Tschechien allein zwischen 1989 und 1990 etwa 70 Frauenorganisationen gegründet. Die Frauen-NGOs konzentrieren sich vor allem auf Prag. Auf ca. 90.000 Einwohner kommt eine (feministische) Frauenorganisation (Guenther, 2011). Es gibt weiterhin ein vielfältiges Angebot im Bereich Gender Studies, welches sich seit

den 1990er Jahren stetig weiterentwickelt.

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

Die wichtigsten Themen sind Gewalt gegen Frauen sowie Frauen und Arbeit (Guenther, 2011). Weitere wichtige thematische Schwerpunkte sind Menschenhandel mit Frauen und die Repräsentation von Frauen in der Politik (Pavlik, 2008).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

Es sind, wie in anderen osteuropäischen Staaten, vor allem NGOs, die zu Frauenthemen arbeiten. Sie sind auf die Finanzierung seitens der tschechischen Regierung, internationaler Organisationen und ausländischer Regierungen angewiesen (Guenther, 2011). Bis 2004 jedoch waren es vor allem ausländische Geldgeber, die die Frauen-NGOs in Tschechien unterstützten. Viele NGOs hatten Schwierigkeiten sich nach Beginn der EU-Mitgliedschaft 2004, ähnlich wie in Polen, weiterhin zu finanzieren. (Pavlik, 2008)

Auf Regierungsebene ist das Ministerium für Arbeit und Soziales zuständig für Fragen der Gleichberechtigung. Das Ministerium wird zusätzlich vom Rat der Europäischen Union für gleiche Chancen für Männer und Frauen unterstützt³⁸.

Im Parlament sind 20% weibliche Abgeordnete vertreten, ein Ständiger Ausschuss beschäftigt sich mit Genderfragen³⁹.

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Nach dem EU Beitritt kam es zu ähnlichen Veränderungen der thematischen Schwerpunkte wie in Polen: Anpassung an die europäischen Richtlinien vor allem auch im Kontext der Fördergelder. Die Auflagen der EU gegenüber dem neuen Mitglied eröffneten Zugangsmöglichkeiten in das politische System. Das konnten die Frauen NGOs nutzen, um ihre Forderungen vorzubringen. Durch die Anforderungen der EU fand eine gewisse Legitimation ihrer Ziele und Forderungen statt (Císar / Vráblíková, 2010).

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

Aufgrund der Erfahrung des Staatsfeminismus der sozialistischen Jahre waren Begriffe wie "Gender Equality" eher negativ besetzt und wurden in der öffentlichen Debatte meist ignoriert. Hinzu kommt eine Zivilgesellschaft, die sich gegen solche Meinungen wehren muss. Manche tschechischen Politiker bezeichnen NGOs als unproduktiv und wirtschaftlich nutzlos. Hinzu kommt, dass die Regierung kein vereinheitlichtes Konzept von Geschlechtergleichheit hat und somit keine Strategie verfolgt. Seit dem EU-Beitritt werden vereinzelte Maßnahmen durchgeführt, jedoch fehlt es am politischen Willen zur Veränderung. Es handelt sich eher um eine auferlegte Anpassung statt um eine von innen kommende Veränderung (Marikova, 2009). Während der Übergangszeit jedoch, waren es vor allem NGOs und die akademische Community, die den Wandel hin zu mehr Gleichberechtigung voran getrieben haben⁴⁰.

³⁸ https://ec.europa.eu/europeaid/gender-equality-and-womens-rights-empowerment-czech-republic_en

³⁹ http://www.ipu.org/parline-e/reports/2083_A.htm

⁴⁰ https://ec.europa.eu/europeaid/gender-equality-and-womens-rights-empowerment-czech-republic_en

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Nicht nur die finanzielle, sondern auch die ideologische Unterstützung der EU für die neuen Mitgliedsstaaten spielte eine große Rolle für die Frauenbewegung. Zum einen brachte der EU-Beitritt Themen wie Frauenrechte in die tschechische öffentliche Diskussion. So konnte die Frauenbewegung erfolgreich die EU-Gesetzgebung gegen Diskriminierung für ihre Ziele benutzen. Der gemeinschaftsrechtliche Besitzstand der EU (*acquis communautaire*) im Bereich der Geschlechtergleichstellung wurde in der Tschechischen Republik - wenn auch nicht vollständig - umgesetzt (Gunda Werner Institut, 2014). Auf der anderen Seite unterstützte die EU auch finanziell die Frauenbewegung aus unterschiedlichen EU-Fonds (Guenther, 2011).

Der EU-Beitritt und sein Einfluss auf die Gleichstellungspolitik Tschechiens ist jedoch durchaus kritisch zu betrachten. Die fehlende Sensibilität der EU-Strukturfonds, die vor allem in Tschechien für Gender Projekte genutzt wurden, hat Ungleichheiten zementiert und sogar reproduziert. Die Einhaltung der EU-Richtlinien⁴¹ wird nicht streng genug verfolgt. Somit können die Regierungen den Anschein erwecken, adäquat auf das Thema Gender einzugehen, um sich Gelder der EU zu sichern. Es fehlt jedoch ein Kontrollmechanismus. Durch die fehlende Kenntnis der notwendigen Policies zur Gleichstellung von Mann und Frau werden die alten Muster der Diskriminierung weiter geführt (Pavlik, 2010). Zusätzlich machen sich NGOs abhängig von der EU-Finanzierung, was für die Frauenbewegung problematisch werden kann, wenn die Gelder nicht weiter ausgezahlt werden. Der Einfluss der EU ist somit auch ein zweischneidiges Schwert (Císar / Vráblíková, 2010).

Wie sind Frauenforschung und -bewegung national und international vernetzt?

Die Gender Studies in Tschechien erfreuten sich schnell wachsender Beliebtheit, so zum Beispiel das Prague Gender Studies Center. Dieses Zentrum begann bereits 1993 Kurse in Gender Studies anzubieten. An anderen Universitäten im Lande wurden ähnliche Kurse zügig entwickelt und angeboten. Die Logik hinter dieser Entwicklung ist eine Kombination aus mehreren Faktoren, zum einen nutzten die Universitäten die Möglichkeit, EU-Gelder im Rahmen des Bologna-Prozesses zu erhalten, da sie einen Bachelor Abschluss mit diesem Schwerpunkt anbieten. Zum anderen standen bereits ausgebildete nationale Lehrkräfte zur Verfügung, die im Rahmen anderer Programme Kompetenzen erworben hatten. Schließlich passte die Einführung eines Bachelor Programms in die Strategie des zuständigen Ministeriums im Kontext des Gender Mainstreamings und den EU-Auflagen (Zimmermann, 2007).

Die Gender Studies sind gut vernetzt, sie hätten sich ohne den Einfluss der westlichen akademischen Community nicht so zügig entwickelt. Allerdings besteht die Gefahr, dass auf Grund fehlender finanzieller Ressourcen das Feld der Gender Studies wieder in den Hintergrund gerät (Haskova, 2011). Hier scheint also eine ähnlich Logik zu greifen, wie bei der Frauenbewegung, dass es sich um eine von außen gesteuerte Bewegung handelt statt um eine, die sich von innen heraus entwickelt. Der Einfluss der westlichen Wissenschaftlerinnen muss also durchaus kritisch bewertet werden.

Es existiert eine nationale Frauenlobby mit 22 Mitgliedern⁴². Der EU-Beitritt hat die Frauenbewegung zusätzlich in die Lage versetzt, sich besser und breiter zu vernetzen. Die

⁴¹ Europarat Richtlinie 1260/1999 oder 1083/2006

⁴² <http://www.womenlobby.org/Czech-Women-s-Lobby?lang=en>

Mitgliedschaft in der European Women's Lobby bietet für tschechische Frauen-NGOs die Chance, auf die Unterstützung anderer Organisationen zurück zu greifen, die ebenfalls Teil des Netzwerkes sind, obwohl sich dies wegen des niedrigen Organisationsgrades vieler tschechischer NGOs in diesem Feld schwierig gestaltet (Císar / Vrábliková, 2010).

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung und -forschung gegenüber offizieller Politik aus?

Die Themen der Frauenbewegung sind auch hier die klassischen, wie die Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem, Lohnungleichheit, Gewalt gegen Frauen etc. Allerdings wurden in all diesen Bereichen kaum Erfolge erzielt, in manchen ist der Trend sogar negativ (Pavlik, 2010). Besonders der "Gender Pay Gap", der im europäischen Vergleich groß ist, wird in der Politik des Landes nicht behandelt und findet keine Beachtung in den Plänen der Regierung (Krizkova / Haskova, 2008)

Im wirtschaftlichen Bereich sind Frauen gut integriert und arbeiten meist ihr ganzes Leben in Vollzeit. In der Politik, sowie in Führungspositionen in der Wirtschaft sind sie jedoch stark unterrepräsentiert (Marokiva, 2009). Zusätzlich besteht ein vergleichsweise langer Elternurlaub von drei Jahren, gepaart mit wenigen Betreuungsangeboten, die die Wiedereingliederung von Müttern in den Arbeitsmarkt erschweren. Gerade die Tatsache, dass fast nur Angebote für Vollzeitbeschäftigte bestehen, zwingt auch Mütter in solch ein Arbeitsverhältnis (Krizkova et al, 2009).

Literatur

Císar, Ondrej / Vrábliková, Katerina (2010): The Europeanization of social movements in the Czech Republic: The EU and local women's groups. *Communist and Post-Communist Studies* 43 (2010): 209–219.

Guenther, Katja M. (2011): The Possibilities and Pitfalls of NGO Feminism: Insights from Postsocialist Eastern Europe. *Signs*, Vol. 36, No. 4 (Summer 2011): 863-887.

Erbel, Joanna (2008): Charting the Transformation in Poland's Feminist Movement. *Economic and Political Weekly*, Vol. 43, No. 51 (Dec. 20 - 26, 2008): 50-57.

Haskova, Hana (2011). The Origins, Institutionalizaion, and Framing of Gender Studies in the Czech Republic, in: Binder, Beate et al (Hrsg.): *Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers*: 132-146.

Krizkova, Alena / Haskova, Hana (2008): Gender (In)Equalities in Employment and Care in the Czech Republic during the EU Accession and EU Membership, in: Kaselitz, Verena / Ziegler, Petra (Hrsg.): *Gleichstellung in der erweiterten Europäischen Union*. Frankfurt, 45-60.

Alena Křížková (2014). [The Future of Gender Impact Assessment in the Czech Republic](#).

Krizkova, Alena / Nagy, Beata / Mrcela, Aleksandra Kanjuo (2009): Geschlechterspezifische Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik in der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien, in: Klenner, Christina / Leibner, Simone (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in*

Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten: 337-372.

Marokiva, Hana Dr (2009): Gender Equality in the Czech Republic - The position and status of women before and after 1989, in: Avallona, Stella / Valota-Cavallotti (Hrsg.): The Role of Women in Central Europe after EU Enlargement: 91-98.

Pavlik, Petr (2008): Equal Opportunities for All? Gender Politics in the Czech Republic. in: Baer, Susanne / Hoheisel (Hrsg.): Between Success and Disappointment. Gender Equality Policies in an Enlarged Europe. Gender Kompetenz Zentrum: 191-205.

Pavlik, Petr (2010): Promoting Equal Opportunities for Women and Men in the Czech Republic: Real Effort or Window Dressing Supported by the European Union? Discussion Paper 11, 11/2010, Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

Zimmermann, Susan (2007): The Institutionalization of Women's and Gender Studies in Higher Education in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union: Assymetric Politics and the Regional-Transitional Configuration. East Central Europe/ECE, vol. 34-35, 2007-2008, part 1-2: 131-160.

2.8. Ukraine

Gibt es eine Frauenbewegung?

Die Frauenbewegung hat eine lange Tradition in der Ukraine. Zahlen von 2006 sprechen von 1500 Frauenorganisationen. Während in der Vergangenheit die Mitglieder solcher Organisationen eher Frauen mittleren Alters mit guter Ausbildung und Hausfrauen waren, (Kisselyova, 2006) entwickelte sich seit 2008 eine neue Art des Protestes mit Organisationen wie FEMEN⁴³. Es werden vor allem urbane Ballungsgebiete um Kiew, Lemberg, Odessa und Charkow als Fokuspunkte der Arbeit gesehen, was dazu führt, dass nicht alle Teile des Landes eingebunden werden (Marth / Priebe, 2010).

An mehreren Universitäten werden Vorlesungen zu Gender Problematiken angeboten (Kisselyova, 2006). Allerdings sind die Curricula statisch und werden kaum reformiert. Reformen unterliegen der Zustimmung des Bildungsministeriums (Zimmermann, 2007).

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

Die traditionellen Themen der Frauenbewegung waren politische Frauenförderung,

⁴³ <http://femen.org/>

Bildungsprogramme, Rechtsberatung, Gewalt gegen Frauen und die Unterstützung von Frauen in Krisensituation (Frauenhäuser etc.). Neue Protestformen, wie sie FEMEN praktizieren, protestieren gegen alles, gegen große politische Themen bis hin zu kleinen lokalen Angelegenheiten (Marth / Priebe, 2010).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

In der Literatur wird von vier Arten von Frauenorganisationen gesprochen: Herkömmliche, Soziale, feministische und die Zusammenschlüsse von Unternehmerinnen. Herkömmliche Frauenorganisationen können als traditionell und historisch gewachsen angesehen werden. Sie basieren vor allem auf traditionellen Frauenbildern. Die größte Gruppe der Frauenorganisationen hat eine soziale Ausrichtung, sie bemüht sich um soziale Probleme der Frauen und weniger um die Verteidigung von Frauenrechten. Die feministischen Organisationen entstanden erst Mitte der 1990er Jahre und fokussieren vor allem auf die Bekämpfung von Geschlechterrollen und sexistischer Stereotypen in der Gesellschaft. Die letzte Gruppe ist die der Unternehmerinnen, die sich für die Belange von Frauen in der Wirtschaft einsetzt (Kisselyova, 2006). Neue Formen der Bewegung wie FEMEN hingegen repräsentieren eine neue frauenpolitisch bewegte Generation, die mit alten Paradigmen bricht und die Geschlechterdebatte voran treiben will (Marth / Priebe, 2010).

Im aktuellen Parlament sitzen 12% weibliche Abgeordnete. Außerdem existiert ein Unterausschuss zum Thema Gleichberechtigung, der dem Menschenrechtsausschuss zugeordnet ist. Er wurde 2005 gegründet, allerdings sitzen lediglich zwei Parlamentarierinnen zehn männlichen Kollegen gegenüber⁴⁴.

Auf Regierungsebene ist es das Ministerium für Familie, Jugend und Sport, welches für die Verbesserung der Situation der Frauen zuständig ist (Kisselyova, 2006).

Ein wichtiges Zentrum für Gender Studies ist das Kharkov Center for Gender Studies, in der Kharkov National Technical University in der Ostukraine. Das Zentrum wird vor allem von privaten Gebern finanziert, was ihm mehr Unabhängigkeit erlaubt als staatliche Bildungsinstitutionen (Zimmermann, 2007).

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Eine neue Art der Opposition entwickelte sich in der Frauenbewegung auch durch die allgemeinen politischen Umbrüche im Land. Organisationen wie FEMEN, die sich mit radikalen Protestformen wie dem öffentlichen Entblößen ihrer Brüste gegen die wachsende Sexindustrie in ihrem Land wenden, sind eine neue Form des Protestes (Rubchak, 2012). Die Taktiken dieser Bewegung werden allerdings kontrovers diskutiert⁴⁵ und gelten teilweise als nicht feministisch, da die Nacktheit der Aktivistinnen als etwas gesehen wird, das Männern leichteren Zugang zu Frauenkörpern verschafft. Die westlichen Medien zeigen gerne und häufig Bilder von Aktivistinnen (Channell, 2014).

⁴⁴ [http://www.ipu.org/parline-e/reports/instance/2_241.htm?chambername=Verkhovna%20Rada%20\(Parlament\)&chamberid=2331](http://www.ipu.org/parline-e/reports/instance/2_241.htm?chambername=Verkhovna%20Rada%20(Parlament)&chamberid=2331)

⁴⁵ <http://www.gwi-boell.de/de/2011/07/07/femen-analyse-der-diskurse>

Während der Euromaidan Proteste 2013/2014 wurden Frauen anders als in der Orangen Revolution nicht nur als Helferinnen der männlichen Aktivisten und Demonstranten gesehen. Allerdings bleiben die traditionellen Geschlechterrollen tief in der ukrainischen Gesellschaft verankert: Frauen helfen, die Männer kämpfen, dieses Bild hat sich weitgehend manifestiert, eine tatsächliche Revolutionierung der Geschlechterrollen blieb aus (Lange, 2015).

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

Frauen sind im Arbeitsmarkt stark benachteiligt: sie sind häufiger als Männer ohne Beschäftigung, sie arbeiten eher im Niedriglohnssektor, werden schlechter entlohnt und bei Unternehmensgründungen benachteiligt. Im sozialen Bereich sehen sie sich ebenfalls großen Herausforderungen gegenüber, in der Dreifachbelastung von Berufstätigkeit, Haushalt und Kinderbetreuung, dem Fehlen eines Sozialschutzes sowie beim Thema häuslicher Gewalt und Frauenhandel (Kisselyova, 2006). In der öffentlichen Wahrnehmung sind wirtschaftliche Themen wichtiger als Gleichberechtigung. Es fehlt die Einsicht, dass es sich um ein Querschnittsthema handelt (Hankivsky, 2013).

Trotz einer langen feministischen Tradition gilt die Ukraine infolge kolonialer, totalitärer und kommunistischer Erfahrungen gegenwärtig nicht als Musterbeispiel funktionierender Geschlechtergerechtigkeit. Mit der Artikulation frauenpolitischer Forderungen und der Neu- bzw. Wieder-Formierung feministischer Gruppen tun sich Ukrainerinnen bereits seit dem Zerfall der Sowjetunion schwer. Der feministische Diskurs ist vorrangig akademischer Natur, gesellschaftlich aktive Gruppen agieren ohne starkes Mandat (Marth / Priebe, 2010).

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Das Hauptaugenmerk der ukrainischen Regierung bezog sich in den 2000er Jahren auf die europäische Integration und darauf, wie die rechtlichen Voraussetzungen zum EU-Beitritt erreicht werden können. Hier spielt die Gleichberechtigung von Mann und Frau natürlich eine große Rolle (Kisselyova, 2006).

Die Ukraine steht im Hauptfokus der Östlichen Partnerschaft der EU und im Zuge dessen wurde ein Programm von 11 Milliarden Euro aufgelegt, das Reformprozess, die durch die Euromaidan Proteste und dem Regimewechsel begonnen wurden, unterstützen soll⁴⁶. Allerdings bleibt die Thematik der Gleichstellung vor allem angesichts des gewaltsamen Konfliktes in der Ostukraine weitestgehend unbeachtet (Pyzik, 2014).

Wie sind Frauenforschung- und bewegung national und international vernetzt?

Internationale Organisationen unterschiedlichster Couleur haben Ableger in der Ukraine, so zum Beispiel das Women's Democracy Network⁴⁷, welches Daten zur politischen Repräsentation von Frauen erheben und auswerten möchte, um diese Thematik für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Darüber hinaus bestehen regionale Netzwerke, wie dem Ukrainian Women's Fund, das

⁴⁶ <http://www.eeas.europa.eu/ukraine/>

⁴⁷ <http://www.wdn.org/discover-our-programs/country-chapters/ukraine>

die Zivilgesellschaft in der Ukraine, in Weißrussland und Moldau unterstützt⁴⁸.

Die Finanzierung durch internationale Organisationen kann im Kontext der Ukraine als problematisch bezeichnet werden, da die Lösungen oft nicht kontext-sensibel konzipiert werden und deshalb häufig ihre Wirkung verfehlen (Hankivsky, 2013).

Die mangelhafte finanzielle wie organisatorische Unterstützung genderspezifisch agierender NGOs durch politische und wirtschaftliche Akteure im Land selbst führt zu einer Abhängigkeit von ausländischen Institutionen und deren Förderprogrammen. Die Arbeitsschwerpunkte werden nicht primär nach den tatsächlichen Problemen sondern entsprechend ihrer Förderfähigkeit festgelegt. Wie ukrainische Gender-ExpertInnen bestätigen, entsteht damit leicht ein Konkurrenzkampf der Frauenorganisationen untereinander um die Gelder. Das schwächt ihre Durchsetzungskraft und reduziert die Bandbreite ihres Engagements. Durch die externe Förderung besteht für frauenpolitische Initiativen ein Dilemma, auch für viele der anderen zivilgesellschaftlichen Akteure. Der Einfluss von Frauenorganisationen auf Sensibilisierung der Gesellschaft und der politischen EntscheidungsträgerInnen für Geschlechtergerechtigkeit ist gering. Zwar forciert die EU den Gleichstellungsprozess, doch fehlt es der ukrainischen Gender-Lobby an Druck- oder Anreizmöglichkeiten für eine effektive Kontrolle der Implementierung (Marth / Priebe, 2010).

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung- und forschung gegenüber offizieller Politik aus?

Der Begriff Gender Mainstreaming taucht nirgends in der aktuellen offiziellen Politik auf. Trotz der Tatsache, dass Gesetze verabschiedet wurden, die Gleichstellung der Geschlechter garantieren sollen, fehlt es an der Implementierung dieser Maßnahmen (Hankivsky, 2013).

Literatur

Channell, Emily (2014): Is sextremism the new feminism? Perspectives from Pussy Riot and Femen. In: Nationalities Papers, Vol. 42, No. 4: 611–614.

Hankivsky, Olena (2013): Gender Mainstreaming: A Five-Country Examination. In: Politics & Policy, Volume 41, No. 5 (2013): 629-655.

Lange, Anja (2015): "Männer kämpfen, Frauen kochen?!" Zu den Geschlechterverhältnissen in der Euromaidan-Revolution 2013/2014. Femina Politica, 24. Jg., 02/2015: 67-82.

Marth, Dorothée / Priebe, Andrea (2010): »Mühen der Ebene« contra »Glamour-Feminismus«. Die gegenwärtige Debatte um Frauenbilder und Geschlechtergerechtigkeit, in: Ukraine-Analysen, Nr. 77/10: 2-4.

Kisselyova, Oksana Dr. (2006): Frauenpolitische Aktivitäten in der Ukraine. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg): Stillstand oder Roll-back? Zur Situation der Frauen in den "neuen" mitteleuropäischen EU-Ländern und der Ukraine: 178-226.

⁴⁸ <http://www.uwf.kiev.ua/en/about/us>

Pyzik, Agata (2014): Amid Ukraine's turmoil, women's rights must not be forgotten. The Guardian, Opinion, 21. März 2014: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/mar/21/ukraine-turmoil-womens-rights-europe-democracy>, zuletzt abgerufen am 25.02.2016.

Rubchak, Marian (2012): Seeing pink: Searching for gender justice through opposition in Ukraine. In: European Journal of Women's Studies, 19(1): 55–72.

Zimmermann, Susan (2007): The Institutionalization of Women's and Gender Studies in Higher Education in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union: Assymmetric Politics and the Regional-Transitional Configuration. East Central Europe/ECE, vol. 34–35, 2007–2008, part 1–2: 131–160.

2.9. Ungarn

Gibt es eine Frauenbewegung?

Nach dem Ende der Sowjetunion entstanden in Ungarn zahlreiche NGOs, darunter auch solche, die sich auf Frauenthemen spezialisierten. Allerdings war die Repräsentation von Frauen im Parlament damals sehr niedrig und ist es bis heute. Für die Regierung waren Frauenthemen schlicht nicht relevant. (Eberhardt, 2004). Laut Zahlen von 2011 existieren weniger als 100 NGOs mit einem Frauenfokus, die meisten davon sind in der Hauptstadt Budapest zu finden. In Relation zur Gesamtbevölkerung liegt dieser Anteil jedoch nicht unter dem der anderen östlichen EU-Staaten, wie Polen oder der Tschechischen Republik (Guenther, 2011)

Die Sekundärliteratur ist sich nicht einig über die Stärke der Frauenbewegung in Ungarn. Während manche Quellen von einer starken Bewegung sprechen (Avdayeva, 2010), äußern sich andere Autoren über die Schwäche oder sogar Abwesenheit der Bewegung (vgl. Eberhardt, 2004 & Guenther, 2011). Die vorliegende Recherche ergibt, dass es weniger Literatur über die ungarische Frauenbewegung gibt, als zu den anderen EU Staaten⁴⁹.

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

Die Themen der Frauenbewegung in Ungarn sind Gewalt gegen Frauen, Frauen auf dem Arbeitsmarkt und zu einem gewissen Grad Abtreibung (Guenther, 2011). Wichtige Themen im Zusammenhang mit Geschlechtergleichheit sind Debatten über häusliche Gewalt und Prostitution (Gunda Werner Institut, 2015).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

Die zentralen Akteure in Ungarn finden sich im akademischen Bereich. Hier begann in den späten 1980er Jahren eine Bewegung, die sich für die Forschung über Feminismus und Gender

⁴⁹“Mit den Stichwörtern Women's Rights und Feminism kommt man recht schnell an die relevanten Seiten heran (vor allem dank des Netzwerks KARAT), dann aber wird es schwierig, weiterzukommen, da alle Seiten auf Ungarisch sind und nur minimal in englischer Sprache zur Verfügung stehen.” (Gunda Werner Institut, 2015)

einsetzte⁵⁰. Als wichtiger Akteur ist die Central European University zu nennen. Sie wurde 1991 als erste selbstständige Privatuniversität gegründet. Bereits drei Jahre nach der Gründung wurde ein Programm über Gender und Kultur ins Leben gerufen (Zimmermann, 2005).

NGOs oder Netzwerke blieben im Vergleich dazu schlecht organisiert. Der Frauen-NGO-Sektor ist in Ungarn vielfältig, nicht alle Organisationen jedoch haben in den politischen Debatten gleichermaßen eine Stimme. Trotzdem spielen diese NGOs eine unverzichtbare Rolle bei der Durchsetzung von Frauenrechten und Geschlechtergleichheit (Gunda Werner Institut, 2015).

Im Parlament existiert ein Unterausschuss des Menschenrechtsausschusses mit Fokus auf Gleichberechtigung, welcher 2003 gegründet wurde. Im aktuellen Parlament gibt es jedoch lediglich 10% weibliche Abgeordnete⁵¹. Damit sind in Ungarn weniger Frauen im Parlament vertreten als in den anderen Ländern Südosteuropas (Acsády et al, 2012). Das Parlament selbst hat dringenden Reformbedarf in Bezug auf Gender Mainstreaming, da Frauen strukturell benachteiligt werden und die Debatten im Parlament oft sexistisch und feindlich gegenüber Frauen verlaufen (Varnagy, 2013).

Seit 2002 besteht ein Generaldirektorium für Chancengleichheit, das sich jedoch nicht auf Geschlechterungleichheiten beschränkt, sondern auch Menschen mit Behinderung abdeckt. Es war zunächst dem Ministerium für Arbeit zugeordnet, bis 2003 ein eigenes Ministerium dafür geschaffen wurde. Ungarn hatte seit 2004 sogar eine Ministerin für Chancengleichheit. Beide Ministerien existieren jedoch seit 2010 nicht mehr, Teilbereiche sind wieder dem Arbeitsministerium zugeordnet. Die meisten Gesetze zur Gleichstellung gehen auf den EU-Beitritt zurück. Da sich die Chancengleichheit nicht auf die Geschlechterfrage beschränkt, sondern um Aspekte des Schutzes von Minderheiten und Behinderten erweitert wurde, wurde möglicherweise die Chance verpasst, das Thema Geschlechtergleichheit stärker zu betonen (Gunda Werner Institut, 2015).

Das Ministerium für Soziales gründete verschiedene Arbeitsgruppen im Rahmen der EU-Gender-Roadmap, um zu den Themen Gleichberechtigung und Abbau von Vorurteilen arbeiten zu können. Allerdings gab es Schwierigkeiten, weil die ungarische Wirtschaft und Gesellschaft die Projekte nicht umsetzte (Petö, 2011).

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Aus der Sekundärliteratur sind keine relevanten Änderungen der Themen zu verzeichnen.

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

Die Gleichberechtigung der Geschlechter hat in Ungarn ein eher negatives Image in der Gesellschaft, da die Mehrheit der Bevölkerung traditionelle Modelle favorisiert und Gleichstellungsbelange keine politische Priorität haben (Krizkova et al, 2009). Umfragen haben ergeben, dass 71% der Bevölkerung der Meinung ist, dass Männer erwerbstätig sein sollten, während Frauen sich um den Haushalt kümmern. Dies hat einen negativen Einfluss auf die Frauen, die sich diesem Ideal widersetzen (Nagy, 2008). Es existiert ein regelrechter Antifeminismus, der auch in Ländern wie Polen und Tschechien zu finden ist (Guenther, 2011). In Ungarn beträgt die Beschäftigungsquote von Frauen nur 51%, das Land ist also weit entfernt von den Zielen, die die EU im Lissabonner Verträgen festgelegt hat. Die Gründe hierfür sind die

⁵⁰ <http://www.johnfeffer.com/the-flowering-of-feminism-in-hungary/>

⁵¹ http://www.ipu.org/parline-e/reports/instance/2_194.htm?chambername=Orszaggyules%20%28National%20Assembly%29&chamberid=2141

niedrige Anzahl an Arbeitsplätzen sowie die fehlende Flexibilität des Arbeitsmarktes. Es wird fast nur Vollbeschäftigung angeboten, ein Problem für Mütter mit kleinen Kindern, die auf den Arbeitsmarkt zurück kehren wollen. Auch in Ungarn, wie in Tschechien, besteht ein langer Elternurlaub von bis zu drei Jahren für Frauen, wodurch traditionelle Geschlechterrollenverteilung verfestigt wird, denn durch diese lange Pause verlieren sie den Anschluss an den Arbeitsmarkt (Krizkova et al, 2009).

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Die Reintegration von Frauen in den Arbeitsmarkt wurde durch den EU-Beitritt nicht verbessert. Jedoch hatte der Beitritt zur Union positiven Einfluss auf öffentliche Debatten, das Thema Frauen und Beschäftigung fand mehr Aufmerksamkeit (Nagy, 2008). In den wirtschaftlichen Programmen, die zu Beginn der EU Mitgliedschaft aufgelegt wurden, hatte Gender Mainstreaming keine oder eine nur geringe Bedeutung (Eberhardt, 2004).

Wie sind Frauenforschung und -bewegung national und international vernetzt?

Das Ungarische Feministinnen Netzwerk wurde bereits 1990 gegründet und begann als Bewegung "von unten". Nur wenige Jahre nach der Gründung jedoch veränderte sich das Netzwerk, da strenge Gesetze zur Abtreibung verabschiedet wurden, wodurch das Netzwerk zu einer effektiven Lobbyorganisation für dieses Thema gemacht wurde. Die politischen Realitäten haben oft Einfluss auf Themen, zu denen Frauenorganisationen arbeiten (Guenther, 2011).

Die ungarische Nationale Frauenlobby, die 2003 gegründet wurde, ist mit der europäischen Dachorganisation European Women's Lobby vernetzt. Dieser nationale Dachverband der ungarischen Frauenorganisationen zählt 19 Mitglieder⁵². Die Gründung der Frauenlobby muss als ein wichtiger Schritt zur Stärkung von Frauen-NGOs erwähnt werden, brachte sie doch viele von ihnen unter einem institutionellen Dach zusammen (Gunda Werner Institut, 2015).

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung und -forschung gegenüber offizieller Politik aus?

Die seit 2010 bestehende konservativ-rechte Regierungskoalition aus FIDESZ (Magyar Polgári Szövetség/ Ungarischer Bürgerbund) und KDNP (Kereszténydemokrata Néppárt./ christlich-demokratischer Völkerbund) hat die Zweidrittel-Mehrheit im Parlament und somit die Möglichkeit, Verfassungsgesetze im Alleingang zu verabschieden. Auf ein eigenes Ressort für Frauenpolitik wurde gänzlich verzichtet (Gunda Werner Institut, 2015).

Es fehlt weitgehend am politischen Willen, sich für Frauenbelange einzusetzen und diese zu thematisieren. Die Zusammenarbeit aller Bereiche, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Regierung, sind nötig, um die Situation von Frauen zu verbessern, jedoch ist dies bis jetzt nicht der Fall (Petö, 2011).

2014 wurden von der ungarischen Regierung die NGOs auf eine „schwarze Liste“ gesetzt, die als "politisch problematisch" eingeschätzt wurden. Es handelt sich dabei um Organisationen, die sich seit Jahren für eine pluralistische demokratische Gesellschaft engagieren. Betroffen sind unter anderem Frauenorganisationen, Bürgerrechts- und Romaorganisationen (Gunda Werner Institut, 2015).

⁵² <http://www.womenlobby.org/Hungarian-Women-s-Lobby?lang=en>

Literatur

Ascády, Judit / Biegelbauer, Anna / Paksi, Veronika / Somogyi, Boglárka / Szalma, Ivett (2012): (De)Valuing Care. Traditional and Alternative Patterns in the Social Construction of Care in Hungary After The Transition. In: Daskalova, Krassimira / Tomic Hornstein, Caroline / Kaser, Karl / Radunovic, Filip (Hrsg.): Gendering Post-Social Transition. Studies of Changing Gender Perspectives, Lit Verlag: 119-150.

Avdeyeva, Olga (2010): States' Compliance with International Requirements: Gender Equality in EU Enlargement Countries. Political Research Quarterly, Vol. 63, No. 1 (Mar., 2010): 203-217.

Eberhardt, Eva (2004) :Situation of Women in Hungary. Transitions, Vol. XLIV, June.

Guenther, Katja M. (2011): The Possibilities and Pitfalls of NGO Feminism: Insights from Postsocialist Eastern Europe. Signs, Vol. 36, No. 4 (Summer 2011): 863-887.

Gunda Werner Institut (2015): Geschlechterpolitische Situation in Ungarn. <http://www.gwi-boell.de/de/2010/02/02/ungarn>, zuletzt abgerufen am 21.02.2016.

Krizkova, Alena / Nagy, Beata / Mrcela, Aleksandra Kanjuo (2009): Geschlechterspezifische Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik in der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien, in: Klenner, Christina / Leibner, Simone (Hrsg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten: 337-372.

Nagy, Beáta (2008): Women on the Hungarian Labour Market and in Leading Positions, in: Kaselitz, Verena / Ziegler, Petra (Hrsg.): Gleichstellung in der erweiterten Europäischen Union. Frankfurt, 61-72.

Petö, Andrea (2011): Die Institutionalisierung der Geschlechterstudien in Ungarn. Chancen und Beispiele. In: Binder, Beate et al (Hrsg.): Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens- und Institutionentransfers: 98-113.

Várnagy, Réka (2013): Women's representation in the Hungarian Parliament. OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR).

Zimmermann, Susan (2005): Frauen- und Geschlechterstudien im höheren Bildungswesen in Zentraleuropa und im postsowjetischen Raum. Teil 2: AkteurInnen und Interessen im Prozess der Institutionalisierung, in: L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft, 16. Jg., Heft 1: 63-88.

2.10. Weißrussland

Gibt es eine Frauenbewegung?

Der Beginn der Frauenbewegung lässt sich nach dem Zerfall der Sowjetunion in den frühen 1990er Jahren ausmachen. Die ersten Organisationen bestanden aus wenigen aktiven Frauen,

die die schlechte Stellung der Frau in Weißrussland verbessern wollten. Allerdings waren es wenige Organisationen ohne breite Unterstützung aus der Gesellschaft, die sich zusätzlich noch einer strengen staatlichen Kontrolle gegenüber sahen. Der Teil der Frauenbewegung, der mehr Frauen vereinte war ein Netzwerk aus Selbsthilfegruppen (Gruschewaja, 1996).

Die Räume für Zivilgesellschaft werden indes immer weniger zugänglich, da sich der Trend zum autoritären Regime verstärkt. Präsident Aleksander Lukaschenko regiert seit 1994 mit harter Hand und lässt weder eine kritische Zivilgesellschaft noch Presse zu. Zahlreiche NGOs wurden in den letzten Jahren geschlossen (Silitiski, 2006). Somit ist schwierig abzuschätzen, ob wir in diesem Fall tatsächlich von einer Bewegung sprechen können. Ich werde aber im Weiteren in Bezug auf die aktiven Organisationen von einer Frauenbewegung sprechen.

Die Sekundärliteratur zum Thema Frauenbewegung und -forschung in Weißrussland ist veraltet und es wurde in den letzten Jahren wenig hierzu geforscht. Das Interesse der Literatur liegt eher auf dem Verhältnis der EU zu Weißrussland, wozu ich weiter unten genauere Details geben werde.

Wenn ja, was sind ihre vorrangigen Themen?

In den 1990er Jahren begannen Frauenorganisationen die wirtschaftliche Lage der Frauen anzuprangern. Manche versuchten die Behörden zu mobilisieren, um adäquate Hilfe für Frauen zu sichern, indem sie versuchten Frauen in Positionen in der Verwaltung und der Politik zu bringen. Der andere Teil der Bewegung organisierte sich breiter und in Selbsthilfegruppen, die aus eigener Kraft die alltäglichen Probleme der Frauen lösen wollten. Es ging vor allem um Gesundheit, Erziehung der Kinder, Hilfe für behinderte Menschen und psychologische wie materielle Hilfe für notleidende Familien (Gruschewaja, 1996).

Ein wichtiges Thema heute ist der Handel mit Frauen. Hier geht es vor allem darum, die Gesetzgebung zu beeinflussen, um zu verhindern, dass Frauen und Mädchen als Ware verkauft werden - und um Hilfe für die Opfer⁵³. Das Thema war anfänglich politisch neutral, dies hat sich mittlerweile gewandelt, weil die Regierung das Thema mit der Bekämpfung von illegaler Einwanderung verknüpfte (Alkhovka, 2005).

Wer sind die zentralen Akteure der Bewegung?

Es existieren weiterhin Frauenorganisationen, allerdings gibt es keine gesicherten Zahlen darüber wie viele es sind und wie viele tatsächlich aktiv sind. Die Organisation „Women's Independent Democratic Movement“ zum Beispiel ist eine der sichtbaren, die sich dafür einsetzt, dass die Empfehlungen aus dem CEDAW Schattenbericht, die von der weißrussischen Frauenbewegung formuliert werden, tatsächlich umgesetzt und als Grundlage für den Nationalen Aktionsplan für Gleichberechtigung akzeptiert werden⁵⁴.

Es gibt neben den etablierten Organisationen auch neue Akteure in der Frauenbewegung. Die Bewegung „Femen“ engagiert sich nicht nur in der Ukraine sondern auch in Weißrussland für die Selbstbestimmung der Frauen. Sie protestieren mit entblößtem Oberkörper gegen Wahlfälschungen des Diktators Lukaschenko, gegen Sextourismus und Sexismus. Die Femen-Aktivistinnen begannen 2008 provokante Aktionen im In- und Ausland, um auf die Lage

⁵³ <http://lastradainternational.org/ls-offices/belarus>

⁵⁴ <http://www.filia-frauenstiftung.de/home/women-activists-for-social-change/success-stories/weissrussland.html>

der Frauen aufmerksam zu machen⁵⁵. Allerdings wird ihr Protest sehr hart geahndet⁵⁶. Sie erhalten nicht die gleiche Aufmerksamkeit der westlichen Medien wie ihre ukrainischen Mitstreiterinnen.

Im Parlament des Landes sitzen 27% weibliche Abgeordnete⁵⁷. Allerdings besteht kein Ausschuss, der sich mit Frauenrechten beschäftigt. Das Parlament gilt laut EU und OSZE als nicht demokratisch, dadurch wird die Rolle der Parlamentarierinnen als Teil der Frauenbewegung de facto ausgeschlossen.

Auf der Regierungsebene gibt es Verantwortliche im Arbeitsministerium, die zur Sicherung der Gleichstellung von Mann und Frau zuständig sind. Es gibt außerdem den "National Council on Gender Policy", der dem Ministerrat untersteht und im Jahr 2000 gegründet wurde. Es fehlt allerdings eine Finanzierung für die von diesen Institutionen vorgeschlagenen Maßnahmen⁵⁸.

Ab Mitte der 1990er Jahre entstanden Programme zu Gender Studies, finanziert von privaten Spendern für private wie staatliche Hochschulen. Das Zentrum für Gender Studies an der European Humanities University in der Hauptstadt Minsk wurde 1997 mit der Unterstützung der US-amerikanischen McArthur Stiftung gegründet. 2004 kam es zur Schließung der Universität durch die Regierung, da sich Präsident Lukaschenko von westlichen Institutionen bevormundet sah. Die Ausbildung der Eliten des Landes sei die Aufgabe des weißrussischen Staates. Als Resultat massiver internationaler Unterstützung, wurde die Universität schließlich in Litauen wieder eröffnet. (Zimmermann, 2007) Dort hat sie bis heute ihren Sitz⁵⁹.

Gibt es thematische Akzentverschiebungen in letzter Zeit?

Es lassen sich an Hand der Sekundärliteratur keine Akzentverschiebungen feststellen.

Was wird unter Gleichstellung verstanden und was wird praktiziert?

Das gesellschaftliche Bild der Frau ist traditionell und patriarchalisch geprägt. Trotz größtenteils guter Bildung bleiben Frauen auf dem Arbeitsmarkt marginalisiert. Sie arbeiten in den schlechter bezahlten Wirtschaftssektoren (vor allem im öffentlichen Dienst) und sind der Doppelbelastung durch Beruf und Familie ausgesetzt. Sie sind außerdem nicht in wichtigen politischen Ämtern präsent. Trotz der Tatsache, dass fast ein Drittel der Parlamentarier Frauen sind, haben Genderthemen keinen Platz in politischen Diskussionen.

Ein weiteres Problem der Frauenbewegung ist das intrinsische Verständnis von Gender, welches sich ebenfalls an patriarchalischen Strukturen orientiert und kein ganzheitliches Konzept von Gender Mainstreaming entwickelt hat (Ananyeu et al, 2013).

Worin liegt die Wirkmächtigkeit der Gleichstellungspolitik der EU?

Weißrussland hat sich seit den 1990er stets in Richtung Russland orientiert. Allerdings kam es in der Vergangenheit zu Schwierigkeiten in dieser Allianz, da die russische Führung nach einem langen Prozess der Annäherung zum Ziel hatte, Weißrussland in die Russische Föderation zu

⁵⁵ <http://www.derwesten.de/politik/frauen-lassen-sich-nicht-bremsen-id6191061.html>

⁵⁶ <http://theglobaljournal.net/group/digital-news/article/445/>

⁵⁷ http://www.ipu.org/parline-e/reports/2027_A.htm

⁵⁸ <http://www.genderindex.org/country/belarus>

⁵⁹ <http://www.ehu.lt/en/about>

integrieren. Dieser Schritt hätte jedoch bedeutet, dass Präsident Lukaschenko seine Macht zu gewissen Teilen hätte abgeben müssen. Da dies nicht geschah, ist das Verhältnis der beiden Machthaber bis heute empfindlich gestört. Nach innen hat es die Auswirkung, dass die Rhetorik und die Policies immer nationalistischer werden (Leshchenko, 2008).

Die EU hat sich bis zur Gründung der Östlichen Partnerschaft gegenüber Weißrussland in einer Abwartehaltung befunden. Die Unterstützung für die Zivilgesellschaft war nicht substantiell, da der weißrussische Staat nicht als passender Partner angesehen wurde (Klinke, 2007).

In den letzten Jahren seit Gründung der Östlichen Partnerschaft verpflichtet sich die EU gegenüber Weißrussland, eine Politik des „kritischen Engagements“ zu verfolgen. Eine zuletzt erfolgte Annäherung hat die EU dazu veranlasst, ihre gegenüber Belarus verhängten Sanktionen zu erleichtern. Hier handelt es sich um das Einfrieren von Vermögenswerten, um Reiseverbote sowie Handels- und Finanzbeschränkungen. Allerdings ist die EU weiterhin der Ansicht, dass die vollständige Aufhebung der Sanktionen nicht gerechtfertigt wäre, da die Menschenrechtsbilanz schlecht ist und in dem Land keine demokratischen Wahlen stattfinden⁶⁰.

Wie sind Frauenforschung- und bewegung national und international vernetzt?

Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen ist erheblich erschwert und die Vernetzung dementsprechend gering. Es gibt allerdings einige Netzwerke, besonders im Bereich der Bekämpfung von Menschenhandel, die im Land aktiv sind. So zum Beispiel die Organisation „Gender Perspectives“, die vor fünf Jahren im internationalen La Strada Netzwerk aufgenommen wurde⁶¹.

Wie sieht das Verhältnis von Frauenbewegung- und forschung gegenüber offizieller Politik aus?

NGOs werden unter der Herrschaft von Präsident Lukaschenko unterdrückt und gegängelt. Die Assoziationsfreiheit ist nicht verwirklicht. Weißrussische und ausländische NGOs werden von den Behörden durch strenge Kontrollen eingeschüchtert, kriminalisiert oder sogar verboten. Unter diesen Umständen ist es für NGOs sehr schwierig zu arbeiten⁶². Illegale Verhaftungen und Schließungen von NGOs sind keine ungewöhnlichen Vorkommnisse und es fehlt an politischem Willen Frauenrechte zu stärken (Landry, 2011).

Literatur

Ananyeu, Dzmitry / Asanovich, Ahniya / Darafeyeva, Anastasiya / Polevikova, Valentina / Slviskaya, Volha / Yahorava, Hanna (2013): Participation of Women in Public and Political Life. Belarus, Country Report, East-European School of Political Studies.

Alkhovka, Irina (2005): An anti-trafficking framework is not enough. International Union Rights, Vol. 12, No. 4, Sex workers organising (2005): 20-21.

Gruschewaja, Irina (1996): Frauenbewegung in Belarus. In: Lemke, Christiane / Penrose,

⁶⁰ http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuld=FTU_6.5.5.html

⁶¹ <http://lastradainternational.org/ls-offices/belarus>

⁶² <https://www.frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/eine-welt/internationale-kooperationen/weitere-projekte/270-das-frauenprojekt-qmalinowkaq-in-minsk-weissrussland>

Virginia / Ruppert, Uta (Hrsg.): Frauenbewegung und Frauenpolitik in Osteuropa. Reihe "Politik der Geschlechterverhältnisse, Band 6: 96-106.

Landry, Tristan (2011): The Colour Revolutions in the Rearview Mirror: Closer Than They Appear. *Canadian Slavonic Papers / Revue Canadienne des Slavistes*, Vol. 53, No. 1 (March 2011): 1-24.

Leshchenko, Natalia (2008): The National Ideology and the Basis of the Lukashenka Regime in Belarus. *Europe-Asia Studies*, Vol. 60, No. 8 (Oct., 2008): 1419-1433.

Klinke, Ian (2006): The European Union's Strategic Non-Engagement in Belarus Challenging the Hegemonic Notion of the EU as a Toothless Value Diffuser. *Perspectives*, No. 27 (Winter 2006/2007): 25-43.

Silitski, Vitali (2006): Still Soviet? Why Dictatorship Persists in Belarus. *Harvard International Review*, Vol. 28, No. 1 (SPRING 2006): 46-53.

Autorin:

Anna Fleischer arbeitet als Project Officer bei elparlament, eine politische Beratungsgesellschaft mit Sitz in Berlin, Deutschland. Dort war sie die Projektverantwortliche für das parlamentarische Unterstützungsprojekt in Ägypten im Jahr 2014. Sie organisierte und moderierte Workshops mit syrischen Frauen in Gaziantep, Türkei.

Zuvor arbeitete sie als Projektmanagerin beim Nah- und Mittelost-Verein in Berlin. Dort sammelte sie Erfahrung in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel wirtschaftliche Analyse und Event-Management.

Sie hat einen Master of Science in Arab World Studies von der Durham University und hat in Deutschland, Großbritannien und Ägypten studiert. Sie hat mehrere Monate in Kairo verbracht und spricht fließend Arabisch.

Anna Fleischer hat wissenschaftliche Arbeiten für das deutsche Orient-Institut verfasst und hat mehrere Artikel für das Online-Magazin "The European" geschrieben. Sie nimmt regelmäßig an internationalen Konferenzen teil mit Fokus auf dem Nahen Osten. Ihre Arbeit konzentriert sich hauptsächlich auf Themen wie Demokratisierung, Frauen und politische Transformation.